

Der Textil-Arbeiter

Verzinkt seid Ihr nichts.

Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)

Hauptkassierer: Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 80 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Zeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Edwin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 30. Auflage 90 000 Chemnitz, Freitag den 3. August 1906. Auflage 90 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Webern und Weberinnen in Wierzen (F. S. Güters), in Rhegdt, in Colmar (Gensburger), in Bramsche, in Dänneweg bei Hilgen (Wolt & Hinrichs), in Rottbus, Sommerfeld, Nocht, Guben, Weiskau, Peitz, Spremberg, Sorau, Finsterwalde, Seifersdorf, Jittau, Lambrecht, Spinnereiarbeiter in Obersach in Sachsen (Hermann Wänches Erben), Posamentierern in Elberfeld-Barmen, Offenbach a. W., Jutespinnern und Webern in Wolda, Budapest, Färberarbeitern in Berlin (Altehoff), Elberfeld, Rhegdt, Webern, Spinnern, Spulereimern in Abtheilung (Arenberg u. Schem) Waltersdorf b. Großschönau (Lange), Tuchpressern in Wachen, Baumwollspinnern, Baumwollwebern und Weberinnen in Wierzen (Baumwollspinnerei und Weberei), in Augsburg (Nichtelbach), Tuchwebern in Schwab bei Erding, Flachspinnern in Sudau, Bezirk Wiegand, Appreturarbeitern in Wachen, Webern und Spinnern in Blainach, Hindelang und Oberstdorf, Sonthofen (Wahmann), Textilarbeitern aller Art in Garmisch, im Riesental (insbesondere Weberei und Spinnerei in Maulburg und Stenzen), in Lambrecht, in Göppingen, Sellern und Neppelshagen in Bockstedt bei Hamburg (Sanitätsische Baumwollweberei), Textilarbeitern aller Art in Elmshorn, St. Ingbert (Mechanische Weberei, Bleicherei und Färberei, G. m. b. H.), Färbern in Warendorf, Handstickern in Göhring, Bandwirtern in Mansdorf (Krommer), Webstoffwebern in Garmen (Dahl & Hinrichs), Seidenwebern in Hünningen (C. Uebe), Leppichwebern in Stralau-Münchelsberg (W. Proye & Sohn), Druckern in Frankenberg (Barmann).

Was kann der Staat und was kann er nicht?

Der Staat soll eine Einrichtung sein, der es möglich ist, alles zu tun und zu unterlassen, alles zu fördern und zu verhindern, was im Interesse oder gegen das Interesse der Staatsbürger ist. Denn als Generalwachmann soll er acht geben, daß niemand unrecht getan, daß niemand auf Kosten anderer bevorzugt, daß aber auch niemand zu Gunsten anderer benachteiligt werde.

Was tut aber der Staat oder was kann er tun? Ist er im Stande, seine Aufgaben zu erfüllen?

Bei der riesigen Summe, die uns die Verwaltung des Staates kostet, sollte man dem Staat eine gewisse Allmacht zuwenden dürfen. Er zeigt aber dagegen in gewissen Dingen eine wahrhaft ohnmächtige Hilflosigkeit, daß man viel richtiger von Staatsohnmacht als von Staatsmacht sprechen kann.

Der Staat soll aber auch sich selber als Institution vor Schäden bewahren. Selbst das kann er nicht.

Vor einiger Zeit brachte die „Neue Gesellschaft“ eine Betrachtung über den machtlosen Staat, die die Hilflosigkeit desselben durchaus treffend kennzeichnete. Es hieß darin:

Vor einigen Tagen ging die Nachricht in die Welt hinaus, daß einige Unternehmer — die Herren der Metallindustrie — sich mit dem Gedanken trügen, ihre Arbeiter, dreimalhunderttausend an der Zahl, auf unbestimmte Zeit aus ihren Betrieben auszusperrten. Ihr Mundstück, die „Nationalzeitung“, rechnete aus, daß damit anderthalb Millionen Menschen außer Brot kommen würden (die Arbeiter mit ihren Familien), d. h. von vierzig deutschen Reichsangehörigen je einer. Da aber diese Aussperrung auch andere Industrien in Mitleidenschaft gezogen hätte, kann man die Zahl der Betroffenen auf zwei Millionen oder auf den dreißigsten Teil der deutschen Gesamtbevölkerung veranschlagen. Bedenkt man überdies, daß sich die Beteiligung nicht gleichmäßig auf das ganze Land verteilt, vielmehr das höchste Land aus der Berechnung auszuschalten ist, so gelangt man für einzelne Staaten, Provinzen und Städte zu noch viel höheren Beteiligungsziffern. In Berlin würde z. B. jeder sechste bis siebente Mensch von der Aussperrung direkt betroffen werden.

Die Durchführung eines solchen Planes würde selbstverständlich für den Staat eine enorme Schädigung seiner Interessen bedeuten. Er müßte mit verminderten Einnahmen rechnen, während er zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung — das ist ja die Hauptsache — vermehrte Aufwendungen machen müßte. Sein ganzer angeleglicher Zweck, der Wohlfahrt aller zu dienen, würde vereitelt und eine politische Stimmung geschaffen, die ihm höchst unangenehm, ja sogar gefährlich wäre — denn hätte er kein Mittel, sich wider solchen Unkraut zu verteidigen. Er kann nicht gehandelt werden, wenn ein ausgebreiteter Arbeiter eine Benachteiligung einschätzt, er ist hilflos, wenn tollgewordene Kapitalbesitzer in der heutigen Volkswirtschaft um sich schlagen, die arbeitenden Klassen in Vorjahren und ungeliebte Werte zerstören. Wäre ein Mensch reich und verachtet genug zu seinem Unternehmern, so könnte er den Grund und Boden von ganz Deutschland kaufen, alle Säulen niederreißen und den tagelöhnerischen Unkraut selbst aufpflanzen lassen. Kein Gesetz hindert ihn daran, keine der jetzt noch herrschenden Auffassungen würde ihm das Recht dazu bestreiten.

Die wirtschaftliche Entwicklung zum Riesenkapitalismus schafft unbegrenzte Möglichkeiten, in denen der tollste Spuk der Phantasie feste Gestalt anzunehmen beginnt. Der Beschluß, jeden vierzigsten Deutschen außer Brot zu setzen, kann jetzt schon von fast soviel Leuten gefaßt werden, als in einem mittelgroßen Saal Platz finden. Der Staat hat aber nichts anderes zu tun, als zu protokollieren und seine Maßnahmen zu treffen, die den Urhebern jenes Beschlusses die Sicherheit ihres Lebens und ihres Eigentums garantieren. So steht vor dem Kapitalismus jene Staatsgewalt aus, die sich noch zum Mummenschanz mit den höchsten Symbolen des Mittelalters schmückt, und sich im Kampfe wider die sozialistische Revolution prahlerisch an die doppelt wattierte Brust schlägt.

Wäre es wirklich eine so große Schande, das vollstreckende Organ des Volkswillens zu sein, und ist es wirklich eine so hohe Ehre, mit Spieß und Lanze bewaffnet, die Fabrikhöfe der Kapitalisten bewachen zu dürfen? Bisher hat die Tätigkeit, die die preußische Staatsgewalt im Riesenkampfe der Metallindustrie entwickelt hat, bloß darin bestanden, daß sie einem Arbeiter in Breslau polizeilich die Hand abschlagen ließ und ihre Staatsanwaltschaft anwies, einige Arbeiter anzuklagen, die andere an freiwilliger Arbeit gehindert haben sollen. Das kann der Staat, aber ist das wirklich genug?

Wir fügen hinzu: „Denjenigen staatsbürgerlichen Schichten, die den Staat zu einem Werkzeug für sich selbst gemacht haben, genügt das. Und diese Schichten haben wir in der Kapitalmacht zu erblicken, die einen Staat im Staate bildet, eine Macht, die über die des Staates längst hinausgewachsen ist.“

Im Bewußtsein ihrer riesigen Machtfülle sehen die Kapitalmagnaten gar verächtlich auf die Minister und Staatsmänner herab, ungefähr so wie ein schneidiger Gardeleutnant auf einen armen Hausierjuden. Der Staat ist den Herren Kapitalgewaltigen, wie gesagt, weiter nichts als ein bewaffneter Kommiss zum Schutze ihrer materiellen Interessen, und so machen sie sich auch selbstwegen nicht viel Sorgen.

Da mit dem Einsetzen der Manchester-Wera Gewerbefreiheit und Freizügigkeit garantiert werden müßten, kam man auch nicht herum, den Arbeitern gesetzlich das bedingte Koalitionsrecht zu sanktionieren. Die Art und Weise, wie dasselbe bei seiner Einführung, besonders in Preußen, von den Vertretern der Regierung anerkannt wurde, war höchst vernünftig. Die Regierung anerkannte damals die unbedingte Notwendigkeit des Koalitionsrechtes für die Arbeiter, da sie sonst dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade überliefert wären. Dagegen hatte man sich die letzte Rede des Ministers Delbrück im preußischen Herrenhause vor Augen. Es genügt, wenn wir nur folgende Sätze aus derselben wiedergeben:

„Ich schide voraus, daß ich es nur mit Freuden begrüßen kann, wenn die Arbeiter sich auf einer Grundlage zusammenschließen, die sich deckt mit der der Löhngestreu und der staats-erhaltenden Parteien, und ich würde eine derartige Organisation der Arbeiter mit Freuden begrüßen, wenn sie in der Lage wäre, ihre Ziele auf einer Grundlage zu verfolgen, die sich mit dem Charakter einer kräftigen und lühngestreu Partei verträglich. Ich muß aber betonen, daß die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Ziele verfolgen, sich nicht immer deckt mit dem Kaiserthum, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem Hoch auf das Vaterland, mit dem sie die Versammlungen schließen.“

Dem Herrn Minister, der sich in richtiger Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse als Schwächster der Kapitalmacht zu fühlen scheint, gehen schon die christlichen Gewerkschaften in der Wahrnehmung ihrer den Kapitalmagnaten nicht genehmen Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Recht zu weit, obwohl sie sich bekanntermassen oft genug als Schutztruppen des Ausbeutens und Pfaffeniums gegen die freien Gewerkschaften gebrauchen lassen. Wie mag der Herr Minister erst über die freien Gewerkschaften denken? — Die Kapitalisten sind aber nicht etwa schwächer geworden, sobald sie des Staatschutzes gegen die Gewerkschaften bedürften, Nein, im Gegenteil mächtiger sind sie geworden, ja man kann sagen, allmächtig, und die Staatsmänner stehen ganz unter ihrem diktatorischen Einflusse. Wie Ludwig XIV. von Frankreich ausrufen konnte: „Der Staat bin ich“ so rufen heute die Kapitalisten aus: „Der Staat sind wir!“ Die anderen, namentlich die Arbeiter, sind nur dazu da, den Staat durch ihre Steuern erhalten zu helfen. Ihnen genügt deshalb die Tätigkeit des Staates nicht. Daher sind sie zum großen Teile Gegner dieses Staates und werden es bleiben, bis sein Wesen ein geraderes geworden sein wird. Und das wird erst dann zu erwarten sein, wenn die Zentralisation der Produktionsmittel und die Veredelung der Arbeit erreicht, d. h. der kapitalistische Staat in einen gesellschaftlichen verwandelt sein wird, in dem der Staat nicht nur Verwaltungsausschuss einer Klasse, sondern in gleichem Maße aller Staatsbürger sein wird.

Von der Organisation der Unternehmer.

Einen Einblick in das Wesen der privaten Unternehmerorganisationen — die öffentlich-rechtlichen Organisationen, wie Handelskammern, Berufsgenossenschaften, Innungen, Handwerkskammern usw. sind hier nicht mit in Betracht gezogen — verschafft uns das Schriftchen von Dr. Eugen Müller in Magdeburg „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ (Preis 30 Pf., Verlag: Gewerkschaftsartell Magdeburg). Es zählt auch alle wichtigen Unternehmerorganisationen auf, Müller teilt die Unternehmerverbände in vier Gruppen: Zentralverbände, die verschiedene Berufe umfassen, Unternehmerverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufes umfassen, Unternehmerverbände, die verschiedene Berufe umfassen, aber ihre Tätigkeit auf einen Ort oder einen Bezirk beschränken, Unternehmerverbände lokaler Art, die sich auf einen Beruf beschränken.

I. Zentralverbände, die verschiedene Berufe umfassen.

In erster Linie wird hier der Zentralverband Deutscher Industrieller erwähnt, eine Schachtmacherorganisation par excellence. Sie wird gekennzeichnet durch die Namen Bued und Stumm. Der letztere war seinerzeit das einflussreichste Mitglied des Verbandes und rühmte sich, bei Spaliergängen im Berliner Tiergarten seinen kaiserlichen Herrn „schwarz gemacht“ zu haben. Stumm ist das nicht vergessene Mitglied des polnischen Wortführers des Volkes bildet, zeugt davon. Bued ist der treue Hüter Stummischer Weberklosterungen, und im Geiste seines Herrn und Meisters glaubte er zu wirken, als er während und nach der Grimmschauer Weberaussperrung die deutschen Arbeitgeber in einer großen Organisation zu vereintigen suchte. Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist am 15. Februar 1876 gegründet worden. Das Streben nach hohen Zöllen war die Veranlassung zur Gründung, von Kardorff hob ihn aus der Taufe, Stumm und Bued prägten seiner ferneren Wirksamkeit ihres Geistes Stempel auf, und die Zuchtloosvorlage war zum guten Teil ebenso sein Werk wie die hohen Industriezölle im jetzigen deutschen Zolltarif. Der Verband zählt 553 Mitglieder, darunter 52 industrielle Vereine, 24 Handelskammern, 7 Berufsgenossenschaften und 460 Einzelmitglieder. Der Zentralverband vereinigt in sich Angehörige aller Berufe, wird aber beherrscht von der Schwerindustrie, den Eisen- und Kohlenbütigen Rheinland-Westfalens und Sachsens. Auch die namhaftesten Textilindustriellen sind dem Verbands angehängen, der eine Vertretung der Großindustrie sein will. Handwerker sind von der Mitgliedschaft statutenmäßig ausgeschlossen, der geringste Jahresbeitrag beträgt 30 Mark.

Eine dem Zentralverband ähnliche Organisation ist der Bund der Industriellen, der 1895 gegründet worden ist. Er umfaßt besonders mittlere und kleine Betriebe, die vorwiegend der Verarbeitungsindustrie angehören, und trennt sich in einen schachtmacherischen Flügel, der von den Berliner Metallindustriellen geführt wird, und in einen unter dem Einflusse des Herrn Weigert stehenden Flügel, der für die Bedeutung der Arbeiterorganisation ein gewisses Verständnis besitzt und Tarifverträgen und paritätischen Arbeitsnachweisen nicht prinzipiell ablehnend gegenübersteht. Der schachtmacherische Teil des Bundes ist aber der an Zahl und Einfluss stärkere. Auf den Bund der Industriellen stützte sich die von Herrn Weigert ins Leben gerufene Streikverhütungsgesellschaft „Industria“, deren Lebensdauer aber noch nicht einmal ein Jahr währte. Als ihre Auflösung beschlossen wurde, begrub man mit ihr manche Hoffnungen, die jetzt, mit der Schaffung zentralisierter Arbeitgeberverbände, wieder auflebt sind.

Als dritte einflussreiche Zentralorganisation der Unternehmer, die Berufe aller Art umfaßt, wäre der Verband schachtmacherischer Industrieller anzuführen. Er trägt ungeachtet desselben Charakters wie der Zentralverband deutscher Industrieller, beschränkt aber seinen Wirkungsbereich auf Sachsen. Nach dem letzten Geschäftsbericht des Verbandes beschäftigen seine Mitglieder 250 000 Arbeiter in 1050 Betrieben.

Wie Sachsen, so hat auch Bayern eine zentralisierte Unternehmerorganisation aufzuweisen: den bayerischen Industriellenverband. In ihm dominieren Metallindustrielle, Textilwarenfabrikanten und Brauereibetriebe. Seine 600 Mitglieder beschäftigen 100 000 Arbeiter. Damit wären die bedeutendsten gemischten Unternehmer-Zentralverbände aufgezählt. Wir kommen zur nächsten Kategorie:

II. Unternehmer-Zentralverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufes umfassen.

Aus der großen Fülle dieser Verbände erwähnen wir die folgenden: Gesamtverband deutscher Metall-Industrieller, mit dem Sitz in Berlin. Der Verband faßt die in der Metallindustrie bestehenden Einzelvereine aufammen und

Mitteilungen aus Garmirenen.

Ansbach. Achtung, Textilarbeiter! Die hiesige Teppichfabrik von Guido Röder u. Co., welche jetzt auch eine Weberei errichtet, sucht, soweit uns bekannt ist, Weber. Wir wollen nicht verfehlen, unsere Kollegen darauf aufmerksam zu machen, die größte Vorsicht walten zu lassen und sich genau zu erkundigen, bevor sie hierherkommen. Am Sonntag hat Herr Röder einem Weber 18 Pf. Stundenlohn gegeben. Derselbe hat natürlich sofort den Staub von seinen Füßen geschüttelt. Für einen derartigen Hungerlohn soll sich Herr Röder Arbeiter haben lassen. Hauptächlich reflektiert Herr Röder auf Verheiratete, damit er auch die Frauen in seiner Fabrik mit verwenden kann. Die hiesigen Arbeiter möchte er dann auf die Strafe werfen. Also Kollegen, Vorsicht, wenn ihr euch nicht selber schädigen wollt. **Hilfale Ansbach i. B.**

Berlin. Die geplante Einheitsliste in der Arbeiterversicherung" lautete das Thema, über welches Gewerkschaftssekretär Genosse A. Ritter in einer am 25. Juli stattgefundenen kombinierten Versammlung der Sozialistischen Arbeitervereine referierte. Redner wies auf den Krebsgeschwür der Sozialistischen Arbeitervereine, der Krankenkassen im allgemeinen und der Versicherungsvereine, Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung im besonderen der Arbeiterschaft zu. Er erklärte, dass es in Deutschland nicht weniger als 23 214 verschiedene Krankenkassen, die durch ihren Verwaltungsapparat mit seinen teilweise enormen Kosten (während in großen Krankenkassen jetzt pro Kopf circa 2 Mark Verwaltungsstellen kommen, steigen dieselben in kleinen Kassen bis zu 16 Mark) dem eigentlichen Zweck, Unterstützung und Heilung der Mitglieder, mehr und mehr verloren gehen, höheren sozialen Aufgaben, Ergründung und Verhütung von Krankheiten, statistischen Erhebungen eine Schranke setzen. Die Aufgabe der Arbeiterschaft müsse es daher sein, erstens die Zentralisation der Krankenkassen zu beschleunigen, zweitens die Einheitsliste der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung zu fordern, wie es ja schon der sozialdemokratische Parteitag 1902, der Ortskrankenkassentag in Dresden getan habe. An der Hand von Beispielen führte Redner an, welcher Vorteil der Arbeiterschaft dadurch bei Erlangung von Invaliden- und Unfallrenten, durch leichtere Feststellungen von Unfällen, Krankheitsmomenten nach Unfällen usw. erwachsen würde; die Einheitsliste in der Arbeiterversicherung, sie würde, vorausgesetzt, daß dabei die Wünsche und Forderungen der Arbeiter berücksichtigt werden, und das ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, sich diese zu erzwingen; ein weiterer Kulturfortschritt sein. Die nach dem mit Beifall aufgenommenen Referate stattgefundenen kurze Diskussion bewegte sich in zukunftsreichem Sinne. Als zweiter Punkt standen Gesandtschaften zum Zentralvorstand zur Verhandlung, die durch das Ausschreiben des Kollegen Dörr, der als Geschäftsführer in Rottbus gewählt, und des Kollegen Lehmann, der das Amt niedergelegt hatte, notwendig geworden waren. Die Wahl fiel auf Kollegen Kreuer und Frau-lein Hoppe.

Esenshorn. Seit Übernahme der mechanischen Weberei, Färberei und Weicherei (G. m. b. H.) macht es den Eindruck, als wenn der neue Direktor, ein Herr Jordan, den Betrieb soviel wie möglich billig einrichten will. So wurden gleich nach seinem Antritt am 1. Mai d. J. 28 alte Leute aus Straßenpflaster geworfen, um jüngere Kräfte dafür einzustellen zu können; ebenfalls wurden vor einiger Zeit unser Vorsitzender und der Kassierer gemahregelt. Jetzt hat Herr Jordan den Lohn bis zu 50 Prozent reduziert. Daß sich dies die Weber und Weberinnen nicht gefallen ließen, ist selbstverständlich. Wenn man nun in Betracht zieht, wie teuer die Lebensweise hier am Orte ist, muß man sich wirklich fragen, wie da die Arbeiter mit dem Lohn noch auskommen sollen. Herr Jordan meinte, wenn ein Arbeiter 13—15 Mk. pro Woche verdient, so sei das ein ganz schöner Lohn. In der betreffenden Fabrik ist weder ein Lohn- tarif noch sonst etwas ausgehängt; es weiß kein Weber, was er für die Arbeit bekommt, sondern muß mit dem zufrieden sein, was er am Sonnabend erhält. Die Aborte sind in solch einer Verfassung, daß man sie manchmal nicht benutzen kann, und noch dazu befindet sich der Abort direkt in der Weberei, so daß es diejenigen, die in der Nähe arbeiten, den Tag über vor Gestank nicht aushalten können. An Saugvorrichtung läßt der Betrieb sehr viel zu wünschen übrig. Einen Ankleideraum gibt es überhaupt nicht, die Frauen sind vielmehr gezwungen, wenn sie hier umziehen wollen, den Abort zu benutzen. Am 16. Juli fand nun eine Versammlung statt, die sich in aller erster Linie mit der Lohnreduzierung beschäftigte. Unser Gauleiter Döbber aus Hannover war ebenfalls erschienen. Es wurde beschlossen, einen Lohnvertrag auszuhandeln und dem Unternehmer vorzulegen; dazu wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Die Weber und Weberinnen sind gewillt, alles daranzusetzen, um zu ihren gerechten Forderungen zu gelangen. Zutug ist streng fernzuhalten.

Esulsteden. Der Streit dauert unverändert fort. Eine von etwa 800 Arbeitern und Bürgern sprach Versammlung, in der Reimes und Eistenich referierten, sprach einstimmig aus, daß die Streikenden an den Forderungen festhalten sollten. Eine weitere Versammlung beschloß, die Fabrikanten um Verhandlungen zu ersuchen, um erneut die Verantwortlichkeit zu beweisen, daß es nicht die Arbeiter sind, die den Kampf auf die Spitze treiben wollen. Bis jetzt haben die Fabrikanten auf das Schreiben der Arbeiter noch nicht geantwortet. Der Mut der Streikenden wird dadurch nicht gebrochen. Als die Fabrikanten erfuhren, daß manche Arbeiter vorübergehend in der Landwirtschaft Beschäftigung fanden, hat einer von ihnen den Versuch gemacht, den Leuten diese Arbeit abzutreiben. Gemiß ein Zeichen „christlicher“ Gesinnung. Am Donnerstag den 26. Juli war ein Agent hier, um Arbeiter für die Zuteilspinnerei und -Weberei in Bielefeld anzuwerben. Die Streikenden sprachen selbst bei der Direktion der Spinnerei vor und erhielten die Zusage, daß sofort circa 150 Mann anfangen könnten. Noch am demselben Abend traten die hiesigen Fabrikanten zu einer Besprechung zusammen und anderen Tages wurde hier ein Flugblatt mit folgendem Inhalt verbreitet:

„Wir warnen die Arbeiter vor dem Agenten, da wir Leute aus dem Streikgebiet nicht aufnehmen.“

Westdeutsche Zuteilspinnerei und Weberei, Beuel bei Bonn.“

Auch dies ist nur in der Weise zu erklären, daß es auf Betreiben der Fabrikanten geschah. Zum Dank dafür werden wir versuchen, die Arbeiter in Beuel ebenfalls zu organisieren. In je einer Fabrik zu Rüggenheim und Esulsteden sind die Arbeiter, circa 70, seit Samstag den 28. Juli ebenfalls ausgesperrt. Lauter Christlichorganisierte. Damit ist die Zahl der Streikenden auf etwa 500 angewachsen. Man sieht also, die hiesigen Fabrikanten, die sich bei jeder Gelegenheit die Mäule des Christentums vorbinden, arbeiten mit allen erdenklichen Mitteln. Wie hieß doch das Kaiserwort: „Büchhaus dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert!“ Die Arbeiter werden sich alles merken. Sie geloben sich, von ihren Forderungen nicht abzugeben, und verhältnißmäßig zur Organisation zu arbeiten und für die Zukunft nicht zu rufen, bis der Größenwahn dieser reich gewordenen Fabrikanten gebrochen ist.

ist in 23 Untergruppen gegliedert. Die bei den Mitgliedern beschäftigte Arbeiterzahl wird auf 320 000 angegeben. Der Verband bezieht die „werkliche Förderung des Wohlens der Arbeiter“ und die Abwehr von Arbeiterbestrebungen, die „darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie einseitig vorzuschreiben. Die Metallindustrie glaubt nämlich, es sei ein unüberwindliches Unternehmen, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben. Von welchem Geiste seine Leitung beseelt ist, konnte die deutsche Öffentlichkeit bei der Lohnbewegung erkennen. Im Vorstand sitzt der Altanaer Fabrikant Mend, den die Nationalliberalen des preussischen Abgeordnetenhauses des guten Eindrucks halber aus der Fraktion ausschließen mußten, weil er allzu offen die Abänderung des Reichstagswahlrechts betrieb. Eine besondere Spezialität dieses Herrn bilden die mannigfaltigen Aussperrungssysteme, die von ihm ausgeklügelt wurden und nach seinen eignen Worten frei von „sentimentalen Anwandlungen“ sind. So bezeichnet er die brutalen Massenabwürfungen nach dem Alphabet, für die er schon mehrfach plädiert hat.

Die Baugewerbetreibenden haben mehrere Verbände, in denen 10 000 Arbeitgeber mit rund 100 000 Arbeitern organisiert sind. Am bekanntesten ist der Verband der Arbeitgeber für das Bauwesen, dem 8400 Arbeitgeber als Mitglieder angehören. Sein Leiter ist der bekannte Herr Bellisch.

Im Berg- und Hüttenwesen bestehen sechs Berg- und Hüttenmännische Vereine in Essen, Kattowitz, Kattowitz, Waldenburg, Siegen und Braunsfels. Sie wirken einträchtig zusammen, wenn es gilt, Arbeiterforderungen abzuwehren. Besonders bekannt ist der Verein im Oberbergamtsbezirk Dortmund mit dem Sitz in Essen durch sein Verhalten in den beiden großen Bergarbeiterstreiks 1890/91 und 1905 geworden.

In der Eisenindustrie gibt es neben mehreren lokal begrenzten Vereinigungen 4 Zentralverbände für das Deutsche Reich: 1. Verein deutscher Eisengießereien, 2. Verband deutscher Eisengießereien für Baugewerbe, 3. Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, 4. Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Die bedeutsamste Organisation der Maschinenfabriken ist der Verein deutscher Maschinenbauanstalten.

Die chemische Industrie hat ihre Organisation im Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, dem wohl sämtlich chemische Industrien angehören.

In der Glasindustrie besteht der Verband der Glasindustriellen Deutschlands.

Die Einzelvereine in der Lederindustrie haben sich zum Gesamtverband im Zentralverein der deutschen Lederindustrie.

Die keramische Industrie, die Textilindustrie und die Brauereindustrie haben es noch nicht zu großen Zentralverbänden für das ganze Reich gebracht, wohl aber zu teilweise sehr starken und einflussreichen Lokal- und Bezirksorganisationen, wie der Verband der Sächsischen Textilindustriellen, der am 31. Dezbr. 1905 483 (?) Mitglieder mit 84 800 Arbeitern zählte, und die Sächsisch-Thüringische Färbereivereinigung, die auch der Verband Sächsisch-Thüringischer Färbereivereine. Dagegen bestehen noch Zentralverbände für die Holzindustrie, die Papierindustrie, die Mühlenindustrie, die Zucker- und Schokoladenindustrie und die Lederindustrie. Nähere Angaben über diese Verbände sind nicht zu erhalten.

Alle die bisher aufgezählten Verbände sowohl der ersten wie der zweiten Kategorie sind nicht solche Unternehmerverbände, die sich ausschließlich der Bekämpfung der Arbeitnehmerorganisationen widmen. Sie sind wohl ursprünglich zur Wahrung wirtschaftlicher und technischer Interessen gegründet worden, die Beschäftigung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Verlaufe der Zeit hinzu, ohne aber zum ausschließlichen Zweckzweck zu werden. Wohl aber läßt sich das von einigen Verbänden der nun zu behandelnden dritten Kategorie der Unternehmerverbände sagen:

III. Unternehmerverbände, die verschiedene Berufe umfassen, aber ihre Tätigkeit auf einen Ort oder einen Bezirk beschränken.

Der älteste Verband der Art ist der Arbeitgeberverband der Hamburg-Altonaer Arbeiter, der im Jahre 1890 gegründet, um die Durchführung der Maifester, die 1889 in Paris eingeleitet worden war, zu verhindern. Wie die diesjährigen Maifestperrungen in Hamburg zeigen, ist das auch noch heute ein Teil seines Programms, für sein Verhältnis zur Arbeiterbewegung ist fernerhin charakteristisch die Art, wie er im Jahre 1897 den großen Hafenarbeiterstreik niederschlug. Der sozialreformistisch gesonnene Flügel des Verbandes, der anfänglich einige Lebenszeichen von sich gab, ist im Laufe der Zeit durch die Scharfmacher vollkommen zurückgedrängt worden, heute herrschen ihn die Metallindustriellen, Bauherren, Werksbesitzer und Schiffseigner, alles ausgesperrte Anhänger des Unternehmersdespotismus. Der Verband umfaßt jetzt 14 Unternehmervereinigungen, die 130 000 Arbeiter beschäftigen.

Der Arbeitgeberverband Hamburg ist im Jahre 1897 gegründet worden, er trägt den gleichen Charakter wie der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband, 1895 entstand der Verein Bielefelder Fabrikanten, 1890 der Bergische Fabrikantenverein, dem 5 korporative und 200 Einzelmitglieder mit 20 000 Arbeitern angehören. Zu dieser Kategorie von Verbänden ist auch der Arbeitgeberverband Magdeburg zu rechnen, der 75 Betriebe mit 5525 Arbeitern umfaßt.

Zur Lohnbewegung in Hof.

Die Aristokraten unter den Textilarbeitern, die Spinner, sind, wie überall, auch hier unter den schwierigsten Verhältnissen zur Organisation zu bringen. Mit aller Zähigkeit herrscht bei denselben noch ein gewisser Klasseninstinkt, der nur durch immerwährende Aufklärung gebrochen werden kann. Obwohl dieselben längst durch die Umwälzung in der Technik durch die Ringdrosselmaschine eine gefährliche Konkurrenz zu erhalten haben, war bis zum Frühjahr dieses Jahres nur ein kleiner Teil der in Hof beschäftigten circa 2500 Spinnereiarbeiter organisiert. Die Fabrikversammlungen waren so schlecht besucht, daß sie gar nicht eröffnet werden konnten, kurz, es war kein Feld zur Organisation für diese Arbeiter vorhanden. Die hiesigen Spinnereiarbeiter, die nach dem Ausschluß des früheren Reichstagsabgeordneten Münch-Gerber im Gode-Königsmann, mußten bei der heurigen Verteilung der so „mildevoll“ verdienten Dividenden einen wahren Goldregen über sich ergießen lassen. 22 Prozent der hiesigen Vogeltändische Baumwollspinnerei, die Neue Baumwollspinnerei 23 Prozent, die Spinnerei Neuhof allerdings mit sehr großen Abschreibungen „nur“ 10 Prozent.

Diese Riesengewinne sind ja leicht erklärlich, die Spinnereiarbeiter schmachten unter dem Druck eines elenden Prämien- systems bei einem Lohn, der anderswo Ansehen für ihre Arbeit erhalten. Dieses Prämien-system ergiebt die Arbeiter zu gegen- seitiger Feindschaft, keiner vergönnt dem anderen die paar

Pfennige, die er unter Umständen mehr erhält, und das Unternehmertum als lachnend frecht sich über die Uneinig- keit der Arbeiter, weiß es doch, daß es beim Abschluß des Geschäftsjahres einen beträchtlichen Gewinn erzielt, der dem Spinner vorzuziehen wird. Der weniger leistungsfähige Spinner muß eben das Garn bedeutend billiger herstellen als der Nachbar, trotzdem aber wird das Garn im Preise gleich verkauft. Dazu kommen noch die in den hiesigen Spinnereien vertreteten Baumwollspinnereierrichtungen, die besonders in der Neuen Baumwollspinnerei ausgeprägt sind. Ganze 100 Mark und 1 Regulator mit dem Namen des betreffenden Arbeiters, der sich 25 Jahre treu und fleißig in der Fabrik abgemüht hat, ist der Lohn des Unternehmers zum Jubiläum. Und dieses Gnadengeschenk preißt man in allen Tonarten in den hürgerlichen Blättern, um den Arbeitern ja nicht ein Trinkgeld für sie bedeuten. In dieser Fabrik erhalten die inwaldden Arbeiter vierteljährlich 30 Mark Zuschuß aus der Pensionskasse, aber wehe, wenn die Kinder derselben sich anderswo Arbeit suchen würden. Sofort wird die Arbeiterwohnung gekündigt, und der Arbeiter, der jahrelang seine Arbeitskraft dem Unter- nehmer geopfert hat, fliegt aufs Pflaster.

Zu allem Ueberflus hat man in den hiesigen Spinnereien, mit Ausnahme der Spinnerei Teufelsberg, noch Fabrikvereine gegründet, worin natürlich mindestens es die Arbeiter an Bau- zerkerei und Schmeichelei nicht fehlen, um ja auch richtig ge- würdigt zu werden. Per aufmerksame Beobachter findet da zu- weilen, wie die Väter sich in diesen Vereinen um die Kunst der Meister balgen, damit die Herren Söhne möglichst gute Ma- schinen, gutes Material usw. erhalten. Ein solcher Anblick er- zeugt bei dem Beobachter nur Widerwillen. Seit neuerer Zeit hat die Fabrikleitung eines solchen Vereins den Arbeitern Musikinstrumente aus eigenen Mitteln angeschafft und aller Wochen zweimal kann man nun Proben der täglich 11 Stunden lang sich abmühenden Spinner und Hilfsarbeiter hören.

Auch die Behandlung der Hilfsarbeiter ist in dieser Fabrik eine derartig schlechte, daß so mancher Aufsteher, selbst auf die Gefahr hin, anderswo keine Arbeit zu bekommen, der Fabrik den Rücken kehrt. Trotz alledem ist es nun endlich gelungen, in einer Spinnerei (Spinnerei Neuhof) durch immerwährende Agitation die Arbeiter zur Organisation zu bringen. In dieser Fabrik war allerdings eine Prämie noch nicht eingeführt, jedoch war das Material immer schlechter geworden, so daß die Spinner unter Verbeibaltung ihres Lohns nicht einsehen, immer weniger verdienen. Daburh war Gelegenheit genug geboten, die denkfaule Arbeiterschaft aufzurütteln, und in über- füllten Fabrikversammlungen machten dieselben ihrem Un- willen über ihre mißliche Lage Luft.

Nähezu 90 Prozent derselben waren organisiert, und als bei Vorlegung der Forderungen, die hauptsächlich eine 15 pro- zentige Lohnhöhung und Verabreichung von gutem Material enthielten, die Einigkeit der Arbeiter gemerkt wurde, sah man sich veranlaßt, ohne jeden Kampf den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen.

Am 1. Januar 1907 wird die Arbeitszeit, die bisher 11 Stunden betrug, um eine halbe Stunde verkürzt. Die Löhne der Spinner, Flechterinnen und Drosselspinnerinnen wurden um 7 Prozent erhöht, ab 1. Januar 1907 werden noch 5 Prozent zugelegt. Auch die in der Vorbereitung beschäftigten Arbeiter erhalten eine Erhöhung des Lohnes um 20 Pf. pro Tag, ab 1. Januar 1907 weitere 10 Pf. Für gutes Material wird Sorge getragen, und allem Anschein nach hat die Direktion auch ein- gesehen, daß mit schlechtem Material nichts mehr geliefert werden kann, dann seit dieser Bewegung ist das Material besser ge- worden.

Es ist noch ein großes Arbeitsfeld für die Organisation vorhanden, denn in den übrigen Betrieben werden immer noch etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit elenden Löhnen und einem raffinierten Prämien-system beschäftigt.

§ 120a der Gewerbeordnung.

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeits- räume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowie gegen Beschädigung ihrer Person geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes erfordert. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichendes Lüftungs- und Luftwechsel, Beseitigung des beim Betriebe entstehenden Staubes, der dabei sich entwickelnden Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Einwirkungen Sorge zu tragen.“

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen und Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebs liegende Gefahren, namentlich auch gegen Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind.

Endlich sind diejenigen Vorschriften über die Ordnung des Betriebs und das Verhalten der Arbeiter zu erlassen, welche zur Sicherung eines gesunden Betriebs erforderlich sind.“

Dieser Paragraphen gibt den Arbeitern das Recht, auf Ab- hilfe vieler Uebelstände in Fabriken und Werkstätten hinzu- wirken. Leider sind die Arbeiter oft gegen die sie stets umgeben- den Gefahren zu gleichgültig geworden, sie sehen die ungeschützten Triebwerke garnicht, sie legen auf rasend schnell laufende Trans- missionen während des Betriebs Riemen auf, sie arbeiten auf halbdunkeln, schmutzigen und staubigen Arbeitsplätzen weiter. Viele Arbeiter, leider mit ihnen oft die Baupolizei und auch die Fabrikinspektionen, halten helle Räume auch für gesunde Räume, wenigstens ist es nicht anders erklärlich, daß in neuen Arbeitsräumen Habsfortierung — Kauhereien — Maschinen- schließereien — Schließerei mit Schleiferei betrieben werden ohne andere Staubbeseitigung als die des abendlichen oder wöchent- lichen Kehrens.

Daß Dachsäle mit Oberlicht als Arbeitsräume gestattet werden, wovon doch zur Genüge bekannt ist, daß die Arbeiter dort oft wie in einem wahren Brutkasten sitzen, muß wunder- nehmen. In solchen Räumen, verlieren die Arbeiter ihr bestes Gut — ihre Gesundheit. Wenn in den überhöhten Räumen Arbeiter beiderlei Geschlechts beschäftigt sind, werden bei der mangelhaften Bekleidung die guten Sitten und der Anstand viel leichter gefährdet. Solche Uebelstände müssen gerügt werden. Die Fabrikanten müssen die dahin- gehenden Wünsche der Arbeiter erfüllen, denn wo besondere Gefahren den äußeren Körper oder die inneren Organe des Arbeiters bedrohen, ist es nach Lage der Sache Aufgabe des Arbeitgebers, das zu tun und zu veranlassen, was nach dem Stande der Technik und der Erfahrung möglich ist. Das Reichs- gericht entschied sogar: „Steht die Wahl zwischen mehreren solchen Einrichtungen frei, so ist stets der Besseren und voll- kommeneren der Vorzug zu gewähren.“

In vielen Fällen wird es nur der Anregung der Arbeiter bedürfen, um Abhilfe zu schaffen! Wenigstens sollte diese An- regung überall gegeben werden. Das ist Sache der Arbeiter- schäfte.

Fürth. Aus dem Verbands wurde ausgeschlossen nach § 6 des Statuts der Bandweber Karl Fratzsch, Johndorf, St.-Nr. 208801. Somit ist der letzte Bandweber aus Wägen ausgeschlossen. Es sind eine Anzahl Bandweber aus Wägen und Deutsch-Böhmen hier beschäftigt, aber kein einziger ist organisiert. Am Vierzehnten, wenn die Herren vollgeirten sind, tun sie so als ob sie die bestorganisierten Arbeiter von Fürth wären, aber in der That legen sie ein Reichmen an den Tag, daß es uns geradezu unvorstellbar ist, wie man nicht sehen will, in welcher Zeit man lebt. Vorläufig wollen wir uns damit begnügen.

Gelenau. Am vergangenen Sonnabend tagte in Königs-Gasthof eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, um zu den an die Unternehmer einzureichenden Forderungen Stellung zu nehmen. Kollege Metzler erstattete über die von der Kommission aufgestellten Forderungen Bericht und erläuterte jeden einzelnen Punkt in sachlicher, leichtverständlicher Weise. Am Schlusse seines Berichts ermahnte er die Anwesenden, sich zu den aufgestellten Forderungen zu äußern und bemerkte noch besonders, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen dem Deutschen Textilarbeiterverbande anschließen möchten. In der Debatte wurde noch besonders hervorgehoben, daß die aufgestellten Forderungen nicht nur für Gelenau, sondern für den ganzen Textilindustrie-Bezirk von Chemnitz und Umgebung Geltung haben sollen. In Thalheim seien einige kleine Fabrikanen geneigt, die Forderungen zu bewilligen, während die größeren sich ablehnend verhalten und sich hinter dem arbeiterfeindlichen Arbeitgeberverbande verschließen. Es ist daher sehr leicht möglich, daß es zu Differenzen kommt. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Mit dem Reinigen der Fabriksäle und Aborte mag es in manchen Betrieben sehr mühsam aussehen, soll es doch in manchen Betrieben vorkommen, daß die Aborte wochenlang ja monatelang nicht gereinigt werden. Das sind Zustände, gegen die die Arbeiterschaft unbedingt Front machen muß; auch bietet sich hier für die Gewerbeinspektion ein reiches Arbeitsfeld. Die eingegangene Resolution, worin die Versammlung sich mit den aufgestellten Forderungen einverstanden erklärt und verspricht, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, fand einstimmige Annahme. Bis zum 31. Juli soll von den Arbeitgebern Antwort verlangt werden. Die Versammlung war leider sehr schwach besucht. Von 19 aufgeführten Betrieben waren 6 nicht vertreten, das ist für die sonst gut gesuchte Arbeiterschaft von Gelenau kein erfreuliches Zeichen. Oder haben es etwa die Arbeiter nicht nötig, für bessere Zustände einzutreten? Es müßte jedem Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er sich mit seinen Arbeitsbrüdern und -Schwestern nicht solidarisch erklärte. Jeder Arbeiter muß es für seine höchste Pflicht seiner Familie und seinen Kindern gegenüber betrachten, für bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu kämpfen. Die Arbeiterinnen müßten in erster Linie für Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Entlohnung eintreten, beträgt doch die Säuglingssterblichkeit in Gelenau über 45 Proz., das sind erschreckende Zahlen, die der Arbeiterschaft die Augen öffnen sollten. Darum, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet der gewerkschaftlichen und politischen Organisation bei, lest nur die Zeitung, die eure Interessen vertritt und euch in eurem Kampfe unterstützt. Das ist die „Volksstimme“.

Grünberg i. Schl. In der Mitglieder-Versammlung vom 28. Juli erstattete der Kassierer den Kassierbericht. Der Gesamteinnahme von 2174,53 Mark stand eine Ausgabe von 1505,91 Mark gegenüber, so daß ein Bestand von 668,62 Mark in der Filialkasse bleibt, wovon 500 Mark zinstragend angelegt wurden. Die Revisoren erklärten, Kasse und Belege in musterhafter Ordnung befunden zu haben und wurde auf ihren Antrag dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die Antwort des Zentralvorstandes in Bezug auf die hiesigen Teppichweber war der Anlaß zu einer äußerst erregten Debatte. In deren Verlauf sich alle Kollegen bitter darüber beklagten, daß Grünberg mit seinen miserablen Löhnen in Verhältnis zu anderen Orten in unverständlicher Weise zurückgesetzt werde, ein Umstand, welcher bereits äußerst ungünstig unseren Mitgliederstand beeinflusst. Der Vorstand wurde angewiesen, der Zentralleitung von der Unzufriedenheit der hiesigen Arbeiterschaft Mitteilung zu machen und auf die bedauerlichen Folgen des jetzigen Zustandes hinzuweisen.

m. Kolmar. (Die Arbeitsniederlegung bei der Firma Bagatell.) Nachdem auch bei dieser Firma, bevor es zur Arbeitsniederlegung gekommen, die Deputation der Arbeiterschaft noch in letzter Stunde den Versuch machte, die gegenseitigen Differenzen auf friedlichem Wege zu schlichten, so war es auch hier, wie bei allen übrigen Fabrikanen, die schon an der Reihe waren; die Betriebsleitung stellte sich auf den Prozenstandpunkt, und die Deputation wurde mit dem Bemerkten abgewiesen: „Es gibt einfach nicht mehr, denn würden wir euch jetzt etwas bewilligen, so hätten wir keine Ruhe mehr und ihr würdet in einigen Wochen wieder auf der Bildfläche erscheinen und mit Forderungen an uns herantreten.“ Auch wurde der Arbeiterkommission noch die Erklärung abgegeben, daß nur die schlechtesten Arbeiter mit Forderungen an sie herangetreten seien. Die guten Arbeiter würden bei einer eventuellen Arbeitsniederlegung doch weiterarbeiten. Der Herr Direktor befand sich im Irrtum, denn nicht nur die schlechten Arbeiter, sondern sämtliche in der Weberei und Präparation (450 an der Zahl) Beschäftigten legten am Samstag den 28. Juli Punkt 2 Uhr nachmittags die Arbeit nieder. Würde dieser Streik einige Tage dauern, so würde der Betrieb der Firma Herzog in Arbeit dadurch stillgelegt werden, weil die ganz fertigen Bettel von der Firma Bagatell aus in die Weberei nach Urbels geschickt worden sind, was mithin jetzt aufhört. Zugang von Textilarbeitern aller Art nach Kolmar ist streng fernzuhalten.

Krefeld. Eine Generalversammlung der Filiale Krefeld fand am 22. Juli im Ziellenbachschen Lokale statt. Den Kassierbericht erstattete der Geschäftsführer Kollege August v. d. Berg. Im letzten Quartal wurde eine Gesamteinnahme von 1417,18 Mark erzielt, welcher eine Gesamtausgabe von 9029,64 Mark gegenübersteht, so daß ein Filialkassenbestand von 4087,84 Mark verbleibt. Auch die Mitgliederzahl ist im letzten Quartal um 150 gestiegen, die Filiale zählt momentan 2893 Mitglieder. Von den Revisoren sind Kasse und Belege geprüft und alles in bester Ordnung befunden worden; auf Antrag wird dem Geschäftsführer einstimmig Entlassung erteilt. Dann fand die Neuwahl eines ersten Vorsitzenden der Filiale und Ergänzungswahl des Gauvorstandes sowie Wahl des Geschäftsführers auf weitere zwei Jahre statt. Als erster Vorsitzender unserer Filiale wurde Kollege Schagen einstimmig gewählt. Zum zweiten Schriftführer des Gauvorstandes wählte die Versammlung Kollege Kumpen. Sodann wurde einstimmig und ohne Debatte Kollege August v. d. Berg auf weitere zwei Jahre als Geschäftsführer wiedergewählt. Dann referierte der Gauleiter, Kollege Reimes, über „Die gegenwärtige Situation am Niederrhein.“ Er führte den Anwesenden ein klares und deutliches Bild der jetzigen wirtschaftlichen Kämpfe vor Augen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Unter „Verschiedenes“ entspann sich wieder eine Debatte über das Bestreben der Arbeiter. Es wurde hervorgehoben, daß jeder Kollege die Pflicht hat, sich als Bezugs-mann zur Verfügung zu stellen. Auf Antrag des Kollegen Riffler wurden den ausgesperrten Lithographen und Streichrüdern und Buchbindern die Summe von 100 Mark aus der Filialkasse

überwiesen. Zum Schluß wurde auf das am 12. August stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam gemacht und eine sehr rege Beteiligung gewünscht.

Pölnitz. Hier wollen die Textilarbeiter und Arbeiterinnen in eine Lohnbewegung eintreten. Für einzelne Betriebe haben bereits Besprechungen stattgefunden, in denen man einstimmig die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 10 Prozent Lohn-erhöhung und mehrere andere Forderungen ausstellte. — In den Reihen der Nichtorganisierten befürchtet man, daß es wegen dieser Forderungen zu einem partiellen Streik kommt und daß dann die Aussperrung erfolgt. Sie melden sich deshalb beim Verband an, um gegen die Folgen der eventuellen Aussperrung rechtzeitig gesichert zu sein. Es wird auch endlich Zeit, daß die elfstündige Arbeitszeit reduziert und die Löhne aufgebessert werden.

Rheine. Der Streik bei der Firma Krenzborg u. Schem ist beendet. Es wurden unter Vermittlung des Bürgermeisters folgende Vereinbarungen getroffen und daraus am Mittwoch den 24. Juli die Arbeit wieder aufgenommen: 1. Der Arbeiter-ausschuß wird seitens der Firma anerkannt. 2. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu ihrem verdienten Lohn einen Zuschlag von 8 Prozent. Die Akkordlöhne, die vor dem 1. Juli in Kraft waren, bleiben bestehen. 3. Die Andeher, Passierer und Scherer erhalten keine Lohn-erhöhung, es soll mit ihnen besonders verhandelt werden. 4. Die zehnstündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Beim Warten auf Material (Ketten) wird für die ersten drei Stunden nichts, jede weitere Stunde mit 10 Pf. vergütet. 5. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht stattfinden. 6. Ausschüssen der Lohnliste unter genauer Angabe der Stücklänge. Kessel mit 24 er Eps muß wie Ware mit 20 er Eps entlohnt werden. Die 8 Prozent Lohnzuschlag müssen auf der Lohnliste mit verzeichnet werden.

Stralau-Rummelsburg. Die letzte Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen einiger Betriebe. Es stellte sich heraus, daß hier in Berlin und in nächster Umgebung Mißstände existieren, von denen die Kollegen in der Provinz keine Ahnung haben und die sie kaum für möglich halten. Man höre und staune. In der Teppichfabrik M. Prozen & Sohn in Stralau werden Löhne gezahlt, welche aller Beschreibung spotten. Kommt es doch jede Woche vor, daß ein Familienvater bei allem Fleiß und Tüchtigkeit mit 10 oder 12 Mk. zu Hause gehen muß, es ist sogar schon vorgekommen, daß ein tüchtiger Teppichweber bei voller wöchentlicher Tätigkeit 2 Wfg. Lohn erhalten hat. Er hatte neue Artikel einrichten müssen, und bekanntlich sind ja familiäre Textilproben der Meinung, daß wir Weber bei unserm ungeheuren hohen Verdienst die Nebenarbeiten umsonst oder wenigstens für einen Hundelohn zu verrichten haben. Der Stralauer Unternehmer ist aber in verschiedenen Dingen noch bedeutend schlimmer als die andern Prozen in Deutschland. Erklärte er doch dem Ausschuss, der wegen Aufbesserung der Löhne verhandeln wollte, rund heraus: „Was wollen Sie denn eigentlich, wenn mir die Arbeiter zu viel Schwierigkeiten machen, schließe ich einfach meinen Betrieb und gehe auf Reisen, ich hab's dazu und kann's aushalten!“ Der richtige Unternehmerstandpunkt! Die Arbeiter lassen aber derartige Drohungen gleichgültig. Es wird immer in der Dessenlichkeit damit gepöhlert, daß jeder Arbeiter bei 25jähriger ununterbrochener Tätigkeit 300 Mk. Prämie erhält; rechnet man aber sämtliche Puhstunden der 25 Jahre zusammen, so ergibt das rund gerechnet ein ganzes Arbeitsjahr, das Puhjen hat völlig ohne Bezahlung zu geschehen. Verteilt man nun diese 300 Mk. auf dieses Puhjahr, so kommt ein Lohn von 5,77 Mk. pro Woche heraus, dies stellt man dann als großartige Leistung und Arbeiterfreundlichkeit hin. Bei der vorjährigen Lohnbewegung der Teppichweber Berlins und Umgegend machte Herr Prozen einige Zugeständnisse, damit es nicht zum Streik kommen sollte; dadurch hat er bedeutenden Vorteil gehabt, denn bei den andern Teppichfabrikanten wurde gestreikt, infolgedessen hat er viel neue Kundenschaft bekommen, so daß fortwährend flotter Geschäftsgang war. Zum Dank dafür wurden die Arbeiter um die geringen Zugeständnisse gepöhlert, denn die Einführung eines Lohntarifes wurde hartnäckig verweigert. Es weiß überhaupt kein Weber, welchen Lohn er für seine Arbeit zu verlangen hat, dies ist nicht mal auf den Lohnzetteln ersichtlich. Durch spitzfindige Berechnung wird den armen so wie so schon halb verhungerten Webern der Lohn jederzeit noch mehr herabgedrückt. Arbeiter, die 20 und 30 Jahre in diesem Betriebe tätig waren, also ziemlich ein Lebensalter hindurch ihre beste Manneskraft und Gesundheit dem Wohlsein des Herrn Prozen geopfert haben, sahen sich gezwungen, durch Immer-schlechterwerden des Materials, Lohn-rückläufe und Arbeiterfeindschaft diesem Webereldorado den Rücken zu kehren und andere Arbeit zu suchen. Aber auch die andern Arbeiter von Prozen haben endlich eingesehen, daß es so unter allen Umständen nicht mehr weiter gehen kann und darf. Denn wenn die Firma Beder & Hofbauer für dieselben Artikel 20 bis 30 Prozent und noch mehr zahlen kann, so kann es die Firma Prozen auch, und der Herr Prozen kann darum doch allen seinen noblen Passionen nachgehen. Die Weber von M. Prozen & Sohn haben nun eine Lohnforderung, genau den Beder & Hofbauerschen Löhnen entsprechend, eingereicht; sie sind gut organisiert und können eventuell auch diese berechtigten Forderung mit Gewalt durchdrücken. Die Kampfesstimmung ist gut, möge es die Firma nicht zum äußersten kommen lassen, es könnte für sie schlimm ablaufen, da Streikbrecher nicht zu fürchten sind, sie müßten entweder Hungerkünstler sein oder über die nötigen Kapitalien verfügen, um jede Woche etwas zum Zufehen zu haben. Wir sehen hiermit die Kollegen aller Orte hieroon in Kenntnis und ersuchen den armen gedrückten Prozenwebern ihre Sympathien zu bezeugen und dafür zu sorgen, daß vorläufig kein Arbeiter hier Arbeit nimmt. Wünschen wir den Kollegen bei Prozen den wohlverdienten Erfolg.

Treuchtlingen. Die Bortenmacher der Gold- und Silber-tressenfabrikation der Firmen Friedrich Grahl, Staßdinger u. Winter und Gebrüder Luernhammer sind in eine Lohnbewegung eingetreten unter Vorlage der aufgestellten Lohnliste. Es wird nur eine gerechte Lohnforderung gemacht, da die bisherigen Löhne, der Jetztzeit angemessen, sehr niedrige zu nennen sind. Es werden gefordert: 25 Prozent Lohn-erhöhung, Einführung der 56 stündigen Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit und des Prämien-systems, Entschädigung der Ueberstunden mit 30 Prozent und der Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Erhöhung, Bezahlung gesetzlicher Feiertage und Anerkennung der Organisation. Diese Forderungen stehen den Fabrikanten Friedrich Grahl und der Firma Staßdinger u. Winter ruhig gegenüber, allein Gebrüder Luernhammer sagten zu ihren Arbeitern: Es bekommt jeder von euch, der aus dem Ver-bande tritt, wöchentlich 1 Mark mehr!“ Es trat nicht ein Kollege aus. Ferner sagte er: „Was halt ihr, wenn ich euch 14 Tage oder 4 Wochen aussperrte, mich dauern nur die Familien, welche daranhängen. Solltet ihr jedoch Unterstützung erhalten, so müßt ihr dieselbe nach Beendigung wieder zurückzahlen oder solange dabei bleiben, bis das Geschenk gedeckt ist.“ Doch diese leeren Drohungen fürchten sämtliche organi-sierte Kollegen nicht, sie bleiben dem Verbands-treu und be-siehen auf ihrer Forderung, denn die Treuchtlinger Arbeiter wollen doch annähernd den Arbeitern anderer Städte gleich-gestellt werden. Wir kommen den Fabrikanten freundlich ent-gegen und erhoffen daselbe von den Fabrikanten.

Warrendorf i. Westf. Wie man im katholisch-frommen

Warrendorf Arbeiter behandelt, davon in folgendem ein Bei-spiel. Die Firma Mechanische Buntwebereien, Haarn- und Stüd-färberei H. Brinlhans hier, hat sich vor gut einem Jahre zehn böhmische Färber importieren lassen. In dem Schreiben (das uns im Original vorliegt), worin die Arbeiter zur Ueberfiede-lung nach Warrendorf aufgemuntert werden, wird diesen alles Gute versprochen. So wurden den Leuten 3 Mk. Tagelohn versprochen, im Akkord wird es den tüchtigen und fleißigen Arbeitern gelingen, mehr verdienen zu können. Seitens des Vermittlers wurde weiter versprochen, daß ein Akkordlohn von 26—28 Mk. verdient würde in der Woche. Der Tagelohn von 3 Mk. wurde nun auch anfänglich gezahlt, aber als die Arbeiter im Akkord angingen, erreichten sie einen Wochenverdienst von 20—22 Mk. Außerdem hatte man nichts davon erwähnt, daß in Warrendorf die elfstündige Arbeitszeit bestand, während diese Arbeiter in Oesterreich nur zehn Stunden gearbeitet hat-ten. Die größte Enttäuschung erfuhr die Arbeiter aber erst vor gut acht Tagen, als ihnen der Herr Brinlhans einen neuen Tarif vorlegte, der Abzüge von über 25 Prozent vorlieh. Nach dem neuen Tarif würden diese Arbeiter noch auf einen Wochen-verdienst von 15—16 Mk. kommen. Dieses erst „schreckliche“ Entgegenkommen des Herrn Brinlhans hat nun allerdings die Arbeiter empört, und es haben darauf die zehn österreichischen Arbeiter die Kündigung eingereicht. Die Kündigungsfrist wird am 3. August ablaufen. Es kennzeichnet so recht die Gesinnung dieser frommen Arbeitgeber, wenn diese die Notlage der ausländischen Arbeiter ausnützen, um ihrer Profitgier zu er-rühen. Wenn so „wohlmeynend“ in dem Briefe an den Arbeiter, der seine Kollegen mit herüber nach W. bringen sollte, davon gesprochen wird, daß Warrendorf eine ländliche Stadt ist und es sich dort billig leben lasse, so stimmt das auch nicht. Die Preispreise sind in Warrendorf ebenso hoch wie in Großstädten, Gemüse und Kolonialwaren sind aber teurer. Wie man dann verlangen will, daß Arbeiter mit Familie mit 15 Mk. aus-kommen sollen, ist uns unbegreiflich, vielleicht versucht es Herr Brinlhans einmal am eigenen Leibe. Wir sprachen aber von frommen Arbeitgebern; ja, Herr Brinlhans gehört auch zu diesen. Als der Bischof in Warrendorf war und auch bei an-deren kirchlichen Veranstaltungen erhielten die Arbeiter die Er-laubnis, morgens eine halbe Stunde später anzufangen und auch abends eine halbe Stunde früher fortzugehen, um diese kirchlichen Veranstaltungen mitzumachen. Da konnte man mit der zehnstündigen Arbeitszeit auskommen. Bezeichnend ist auch, wie dumm Herr B. seine Arbeiter noch einschätzt. Als vor einiger Zeit die Arbeiter vorstellig wurden, um die Arbeitszeit auf zehn Stunden zu verkürzen, da entgegnete Herr Brinlhans ganz ernst, da müsse er erst bei der Regierung in Münster an-fragen, er selber dürfe es nicht ohne deren Erlaubnis tun. Aber von dieser „Anfrage“ haben die Arbeiter nichts mehr erfahren, vielleicht ist die Antwort noch nicht zurück; man redet garnicht mehr davon. Die Arbeiter aber mögen hieraus die Lehre ziehen, und besonders die österreichischen, daß man sie erst als liebe, willkommene Arbeiter benützt, um nachher um so wirksamer die Ausbeutung an ihnen zu vollziehen. Gerade in der Textil-industrie wird auf diese Weise von den Unternehmern operiert. Zu der ganzen Provinz Westfalen und auch anderswo, wo die Textilindustrie heimisch ist, finden wir dieselben Vorgänge. Für die Arbeiter erwacht hieraus die Pflicht, sich der Organi-sation anzuschließen, und besonders unsere österreichischen Brüder sollten dies beherzigen, damit wir die Landsleute von ihnen warnen können, sich in solche Lage hineinzubegeben. Zugang von Färbern nach Warrendorf i. W. ist streng fernzuhalten.

Welda. In der Zuteweberei ist das zu verarbeitende Kettenmaterial immer schlechter geworden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen deshalb in einer Besprechung Stellung nehmen zu der Frage: Besseres Material oder Lohn-erhöhung, respektive Wochenlohn. Als die Einladungszettel im Umlauf waren, gab die Firma freiwillig eine Lohnzulage, und zwar pro Stück 15 Pf.; das macht pro Woche 75 Pf. bis 1 Mk. Es kommen über 200 Weber und Weberinnen in Frage. Da aber durch das schlechte Material trotz der freiwilligen Lohnzulage noch pro Woche über 2 Mk. Verlust am Lohn entsteht, soll eine weitere Besprechung, in der die Teilnahme der „Einheimischen“ erwartet wird, einberufen werden. Dort will man weitere Beschlüsse fassen.

Wermelskirchen. Schon einmal haben wir an dieser Stelle die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Pott u. Hin-richs in Dänweg kritisiert und auch heute nehmen wir Ver-anlassung, auf dieselben zurückzukommen. Wenn früher diese Arbeiterschaft sehr schwer zu bewegen war, sich der Organisation anzuschließen, so hat sich dieses seit einiger Zeit geändert, von 63 dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gehören heute 47 dem Deutschen Textilarbeiterverband an und stehen dieselben unmittelbar vor einer Lohnbewegung. Die Ver-anlassung zu diesem Schritt ist lediglich in der miserablen Ent-lohnung der Arbeiter zu suchen. Löhne von 10, 12 und 15 Mark für eine 14 tägige Arbeitsleistung sind nichts Seltenes Festgestellt wurde, daß ältere Arbeiter mit 8 bis 9 Mk. Lohn für 14 Tage abgespült wurden. Daß der Firma unter solchen Umständen keine besonders große Auswahl an Arbeitskräften geboten war, ist erklärlich, und so suchte man durch Agenten ausländische Arbeiter, und zwar Franzosen und Belgier, heranzuziehen. In glänzenden Versprechungen ließ man es selbster-sichtlich nicht fehlen, indes mußten diese Arbeiter bald erfahren daß sie die Geleiteten waren, denn höher als auf 17 Mk wöchentlichen Durchschnittslohn kamen sie nicht, und zudem brachte die Firma bei den geringsten Fehlern ein rigoroses Straßsystem zur Anwendung. Durch Eingreifen der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurden diese Kollegen über ihre Lage aufgeklärt, und die Mehrzahl zog es dann vor, dem Eldorado der Firma Pott u. Hinrichs den Rücken zu kehren, und der alte Arbeitermangel war wieder da. Doch man wußte sich zu helfen; ein Meister wurde nach Reichenbach, in Schellen geschickt, um neues Menschenmaterial herbeizu-schaffen, jedenfalls hat die Firma die sprichwörtlich gewordene Bescheidenheit der schlesischen Leinwandweber im Auge gehabt und gedacht, daß sich der schlesische Textilarbeiter für ihre Aus-beutungspraxis noch besser eignen würde wie der hiesige. Wenn sich aber Pott u. Hinrichs jemals die Finger verbrannt hatten, dann geschah es bei diesen Schlesingern. Als alte erprobte Ver-bandskollegen war es ihr erstes, sich bei der hiesigen Filiale an-zumelden, mochten sie nun auch in Bezug auf schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse manches gewöhnt sein, eine solche Sube aber wie hier hatten sie doch noch nicht angehoffen. Auf ihre Vorstellung bei der Firma verlegte diese sich auf ein Mittel, durch welches die hiesige Arbeiterschaft, sofern sie noch einen Funken von Ehrgefühl und Selbstachtung besaß, aufgepeitscht werden mußte. Man gewöhnte den schlesischen Kollegen Extra-vergütungen und höhere Löhne, verlangte aber, daß sie dieses vor den hiesigen Arbeitern geheim halten sollten. Es verhand-licht von selbst, daß die fremden Kollegen eine derartige Zu-mutung ablehnten und der Firma rund heraus erklärten, sie möge jedem Arbeiter geben, was ihm zukam, damit seien sie vollkommen zufrieden. Ebenso unternahmen sie es, die hiesigen Arbeiter über das Treiben der Firma aufzuklären, hierdurch kam es zu recht aufregenden Szenen in der Fabrik und nur der

Befonnenheit der Verbandsmitglieder war es zu danken, daß...
Ergebnisse verübt und der Direktor der Fabrik vor einer gehörigen
Tracht Prügel bewahrt wurde. Auf Grund dieser Vorkommnisse
sind in voriger Woche im Beisein des Gauleiters Kollegen
Steindruck aus Elberfeld drei Fabrikbesprechungen statt, in
denen sich noch eine Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen
sollen und einem von einer Kommission ausgearbeiteten Lohn-
tarif zugestimmt wurde. Nachdem seitens des Zentralvorstandes
die Erlaubnis zur Lohnbewegung erteilt ist, fehlt zur erfolg-
reichen Durchführung derselben nur die Einmütigkeit der hie-
sigen Textilarbeiter. Es wird zweifellos seitens der Firma
versucht werden, Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen
und dabei wird man sich dann gewiß wieder, wie das immer
der Fall ist, der alten „treuen“ Arbeiter erinnern, derselben Arbeit-
er, die man bisher nur als willige Ausbeutungsobjekte betrach-
tete, die man skrupellos der Arbeitslosigkeit überantwortet hätte,
wenn der Plan, billigere Arbeitskräfte von auswärts heranzu-
ziehen, gelungen wäre. Nachdem aber die fremden Kollegen
der Firma einen Stich durch ihre saubere Rechnung gemacht
haben, nachdem sie ohne Bedenken ihre Erfindung aufs Spiel
setzten und ihre hiesigen Kollegen über die Mächenschaften der
Firma Votum u. Hinrichs ausklärten, darf man wohl von dem
Solidaritätsgefühl der hiesigen Arbeiter erwarten, daß sie den
einmal begonnenen Kampf an der Seite der fremden Kollegen
bis zum Ende durchfechten werden. Uebrigens sollte man me-
nen, daß die Arbeiter der Firma Votum u. Hinrichs, die so lange
in skrupelloser Weise ausgebeutet wurden, sich darnach sehnen
müßten, dieser Firma einmal im offenen Kampfe ihre Rechte
abzutreten. Es ist ohne weiteres klar, daß mit dem Verlorene-
gehen dieses Kampfes diese Arbeiterschaft umso schwerer unter
der Fuchtel ihrer Ausbeuter zu leiden haben würde und daß sie
auf Jahre hinaus um so tiefer in ihr bisheriges Elend hinab-
sinken würden. Darum möge sich jeder einzelne dem Ernst der
Situation gewachsen zeigen und treu zur Fahne der Organi-
sation halten.

Polamentiererbewegung.

Berlin 11. In der letzten Mitgliederversammlung gaben
die Kassierer den Bericht vom 2. Quartal. Einnahme: Gesamt-
einnahme 1472,05 Mk., Ausgabe 1278,75 Mk. Zufußhalt: Ge-
samt 944 Mk., Ausgabe 110,14 Mk. Die Revisoren haben
alles für richtig befunden. Unter zwölf Renaufnahmen wurde
die des Kollegen Schmitz von Knopfmacher bis auf weiteres ab-
gelehnt. Die Aufstellung von Kandidaten zur Gauvorsitzungs-
wahl der Provinz Brandenburg lebte die Verammlung ab.
Hierauf entspann sich eine lebhafteste Debatte über unsere jetzige
Lage, wozu Kollege St a l i n s k i ein kleines einleitendes Re-
ferat hielt. Hieran anschließend berichtete derselbe über die
Differenzen bei der Firma Bollmer. Dort war ein gewisser
Steffens als Oberantreiber eingestellt worden, wozu sich der-
selbe, seinem Charakter angemessen, auch vorzüglich eignet. Be-
sagter Antreiber hatte weiter nichts zu tun, als sich bloß zwischen
dem Arbeitspersonal aufzuballen. Durch das fortwährende
Umherspionieren entwickelte sich bei allen Kollegen und Kollegin-
nen ein Nervosität. Da diese Aufpasserei von Tag zu Tag
schlimmer wurde, wandte man sich in einer Werkstudenitzung an
den Vorstand, denselben gleich beauftragend, mit Herrn
Bollmer wegen dieser Sache und auch wegen anderen Miß-
ständen Rücksprache zu nehmen. Derselbe hat denn auch statt-
gefunden, doch ist sie resultatlos verlaufen. Der Herr be-
liebte sein Arbeitspersonal sogar als Schweine und Diebe hinzustellen.
Betreffs des Aufpassers Steffens lasse er sich keine Vorschriften
machen. Als dies die Kollegen und Kolleginnen erfuhren,
waren dieselben darüber furchtbar empört. Der Vorstand
mußte sich die größte Mühe geben, sie von einer plötzlichen Ar-
beitsniederlegung abzuhalten, indem er auf den Tarifvertrag
und die Schlichtungskommission hinwies. In einer Besprechung,
die Herr Bollmer mit dem Werkstudenvertretermann hatte,
ließ er sich zu der Versicherung hinreißen, daß er verschiedene ent-
schließen wolle. Der Kollege erwiderte darauf, daß dies als Maß-
regelung betrachtet würde. Sämtliches Arbeitspersonal würde
dann die Fabrik verlassen. Daran hatte der Unternehmer aller-
dings nicht gedacht. Er nahm dann seine Versicherung wieder zu-
rück. Diese Angelegenheit wurde der Schlichtungskommission
überwiesen. Derselbe wandte sich sofort an das Gewerbeamt.
Hier ist auch die Sache in Güte beigelegt worden. Herr Boll-
mer betonte, daß seine Vertrauensperson Steffens die Güte
nicht mehr viel betreten solle. Dadurch würde die indirekte An-
treibung fortfallen. Auch versprach er, die anderen Mißstände
zu beseitigen. Und diese Aktion mußte geschehen, um eine Per-
son, der die moderne Arbeiterbewegung immer ein Dorn im
Auge war. Herr Steffens sah seine liebste Beschäftigung darin,
sich nach oben recht anzukrümmen, indem er glaubte, die Arbeit-
geber darauf aufmerksam machen zu müssen, wie ihnen die Ar-
beiter durch Faulenzen das Geld aus der Tasche stehlen. Hof-
fentlich hat er von seinem ersten Auftreten in Berlin genug.
Folgendes Epigramm wurde uns aus dem Kollegenkreis über-
mittelt:

Für Steffens ins Stammbuch!

Wer eine Rolle spielen will im Leben,
Wer ohne Mühe will vieles erstreben,
Der spielt den Betrübten, wenn er erfreut ist,
Den Teilnahmsvollen, wenn er voll Neid ist.
Wie den Bekleideten, wo er kann prahlen,
Den Generösen, wenn andere bezahlen,
Spielt den Enttäuschten, wenns Glück ihm hold ist,
Spielt den Verschwiegenen, wenns Schweigen Gold ist,
Spielt den Gestrengen bei Unterdrückten,
Wenn er sich langweilt, den Hochentzückten,
Spielt den Empörten, wo er erbaud ist,
Und den Bekannten, wenn er durchschaut ist."

Im Verlauf der Debatte wurde auch auf bedeutende Mißstände
in anderen Betrieben hingewiesen. Dem Vorstand wurde an-
heimgegeben, hiergegen Schritte zu unternehmen. Von vielen
Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die kolossale Arbeits-
mit der Kollegen in manchen Fabriken viel zu den Mißständen
mit beiträgt.

Gewerkschaftliches.

St. Ingbert. In einer Versammlung wurde beschlossen, über
die Firma Schuler & Schmidt die Sperre zu verhängen. Es
wird deshalb ersucht, Zugang fernzuhalten.

Soziales.

Die Tätigkeit der allgemeinen Arbeitsnachwehstellen in
Preußen. Das „Ministerialblatt der Handels- und Gewerbe-
verwaltung“ (Nr. 18 vom 25. Juni) veröffentlicht eine Ueber-
sicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit
kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnach-
wehstellen nach dem Stande vom 1. Januar 1906. Hiernach
hat sich die Tätigkeit dieser Nachwehstellen im Jahre 1905
weiter in erfreulicher Weise entwickelt. Es wurden nämlich

| | angeboten | gesucht | vermittelt |
|---------------|-----------|---------|------------|
| im Jahre 1902 | 294 418 | 500 382 | 208 700 |
| „ 1903 | 380 505 | 559 700 | 272 262 |
| „ 1904 | 457 527 | 602 545 | 322 854 |
| „ 1905 | 571 067 | 693 182 | 393 638 |

Demgemäß hat sich die Zahl der Vermittlungen, die in den
Jahren 1897: 104 307, 1898: 122 120, 1899: 160 643, 1900:
185 681 und 1901: 189 215 Stellen betrug, in den letzten Jahren
mehr als verdoppelt. Mehr als 10 000 Stellen haben im ab-
gelaufenen Jahre vermittelt die 8 Arbeitsnachweise in Berlin
(90 058), Frankfurt a. M. (34 050), Köln (28 841), Düsseldorf
(19 556), Breslau (12 960), Posen (10 968), Schneberg (10 820)
und Kassel (10 486), mehr als 5000 bis 10 000 Stellen die
12 Arbeitsnachweise in Kiel (9370), Erfurt (9179), Magde-
burg (8944), Barmen (8075), Charlottenburg (7663), Dort-
mund (7205), Wiesbaden (6993), Hannover (5970), Bielefeld
(5759), Essen (5472), Aachen (5038) und Flensburg (5023).

Die Zahl der bestehenden Arbeitsnachwehstellen ist im let-
zten Jahre gleichfalls, und zwar von 276 am 1. Januar 1905
auf 288 am 1. Januar 1906, gewachsen. Während einige Nei-
nere Nachwehstellen eingegangen sind, wurden u. a. in Han-
nover, Cleve, Emmerich, Schwelm, Waderborn, Greifswald und
Lüneburg Arbeitsnachwehstellen neu gegründet. In Danzig
und Osnabrück sind die bisher bürokratisch verwalteten städ-
tischen Arbeitsnachwehstellen in solche mit kollegialer Verwal-
tung umgewandelt worden. Für eine Reihe weiterer Gemein-
den ist die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachwehstellen
in Aussicht genommen. Von den am 1. Januar d. J. nachgewie-
senen 288 Nachwehstellen sind 198 kommunale Arbeitsnach-
weise; die übrigen 90 Nachwehstellen werden mit kommunaler
Unterstützung betrieben. Unter Beteiligung von Arbeitgebern
und Arbeitnehmern wurden 62 Arbeitsnachwehstellen ver-
waltet.

Das Prinzip der Unentgeltlichkeit ist zumeist strikte durch-
geführt. In Berlin begabten dagegen in der Regel Arbeitnehmer
20 Pf. Einschreibegeld. In manchen Orten bestehen für
Arbeitgeber geringe Gebühren; am häufigsten ist dies bei der
Dienstbotenvermittlung der Fall. Bemerkenswert ist, daß die
bürokratische Verwaltung der Nachweise in kleineren Orten
überwiegt, wie überhaupt die u. G. Beste Verfassungsform (Kol-
legium mit einem Magistratsvertreter als Vorsitzenden und der
gleichen Anzahl von Arbeitern und Arbeitgebern als Beisitzern)
noch lange nicht die Regel ist („Soz. Praxis.“)

Literarisches.

Bei der Redaktion ging nachfolgende Schrift ein:
„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und
Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Sadekm; Verlag: Paul
Singer, Berlin. Auf eine wichtige sozialpolitische Aufgabe der Gemein-
devertreter weist F. Kreis in dem Leitartikel der neuesten Nummer der
Kommunalen Praxis hin: nämlich auf die Festsetzung des ortsüblichen
Tageslohnes. Die Gemeindevertreter haben zweifellos das Recht, in den
Gemeinderats- und Stabverordneten-Kollegen Anträge auf Neuregelung
der Höhe zu jeder Zeit zu stellen, und sie sollten umso mehr von diesem
Recht Gebrauch machen, als bekannt ist, daß die ortsüblichen Tageslöhne
vielfach weit unter dem niedrigen angelegt sind. Ihre Festsetzung hängt in
erster Linie von den Gemeindebehörden ab. In den Gemeindebehörden
und die Unternehmer auslagerehend; die Unternehmer haben ein
Interesse an der niedrigen Bemessung des ortsüblichen Tageslohnes, weil
dadurch die Löhne der „lokalen“ Gesehgebung für sie niedrig gehalten
werden. Der Schluß aus diesem Gegebenen ist demnach leicht zu ziehen. —
Probenummern der stets sehr reichhaltigen und interessanten Zeitschrift
können von Verleger der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15, kostenlos
bezogen werden.

Zu beziehen durch L. Reichelt's Buchhandlung, Chemnitz, Uferstr. 14.

Bekanntgaben.

Achtung, Mitglieder Berlins. Wiederum ist es einer
Elite von Personen, die als Eunuchen des Reichsverbandes
gegen die Sozialdemokratie sich als Ziel gesetzt haben, die or-
ganisierte Arbeiterschaft von der Besetzung des Vorstandes der
Nationalen Klasse der Schneider fernzuhalten, durch ihre Mach-
taktionen gelungen, die letzten Delegiertenwahlen über den
Haufen zu werfen. Die Aufsichtsbehörde hat die Wahlen für
ungültig erklärt! Die Neuwahlen finden im August
statt. Es ist eine Pflicht aller Kassiermitglieder, es ist Pflicht
aller Angehörigen von Mitgliedern, für rege Beteiligung an
den Neuwahlen zu agitieren! Der jetzige Vorstand, er ist es
in Wirklichkeit nur noch dem Namen nach, hat das Vertrauen der
Mehrheit der Kassiermitglieder längst verloren. Er hat es durch
Anwendung von immer neuen Tricks verstanden, seine Position
zu behaupten, er wird auch diesmal wahrscheinlich mit einem
neuen Clou aufwarten. Seid daher auf der Hut! Sorgt für
eine rege Wahlbeteiligung! Material findet ihr in den
„Kugdanesten“ überschriebenen Artikeln unseres Fachblattes
genug. Unsere Lösung lautet:
Hinaus mit dem jetzigen Kassiervorstand!
Wählt die Liste der Organisierten!
Zentrale Berlin. Der Vorstand.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Gau Brandenburg. Die Adresse des Gauleiters ist: Franz Rohle,
Berlin O., 27, Androssstraße 811. 1. Vorsitzender ist: Fr. Raack,
Berlin O., Königsberger Straße 82. 1. Schriftführer: A. Rauerhoff,
Berlin O., Königsberger Straße 17. Kassierer: W. H. Prillwitz,
Berlin O., 27, Androssstraße 811. Alle für den Gau bestimmten Gelder
sind an den Kassierer, alles andere an den Gauleiter zu senden.
Guben. Vorsitzender: Bruno Titz, Schögelner Straße 1a.
Kassierer: Gustav Guädig, Eichenstraße 117.
Lahr. Nach § 4a wurde Ernst Bäumler, St.-Nr. 257 420,
ausgeschlossen.
Nowawes. 1. Vorsitzender: Karl Reinhardt, Marienstraße 26.
1. Kassierer: Otto Weiler, Wilhelmstr. 8. Revisoren und Arvanenunter-
stützung wird beim Kassierer von 12-1 Uhr mittags und von 7-8 1/2 Uhr
abends ausgezahlt. — Aus dem Verband ausgeschlossen wurde nach
§ 4b Heinrich Schinke, Stamm-Nr. 201 324.

Verband. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher sowie die
Sterbeurkunden in Ordnung zu bringen, da dieselben zwecks Kontrolle ein-
gelesen werden; die Mitglieder wollen deshalb auf Verlangen der Unter-
kassierer beides ausständigen. Gleichzeitig weisen wir noch einmal darauf
hin, daß sich unter Geschäftsbureau Zwissauer Straße Nr. 14
befindet. Dasselbe ist geöffnet täglich von 11-1 Uhr mittags, sowie
Donnerstags und Freitags von 6-8 Uhr abends; auch wird daselbst in
allen gewerblichen Streitigkeiten unentgeltlich Auskunft erteilt.
Der Bevollmächtigte.
Zitau. Nach § 4b wurden folgende Mitglieder aus dem Ver-
bande ausgeschlossen: Schröder, Karl August, Nr. 288 872; Dan-
ger, Ferdinand, Nr. 155 783; Schierlin, Karl Robert, Nr. 205 876;
Langert, Bernhard, Nr. 27 908; Klaf, Karl August, Nr. 187 161.
Gleichzeitig werden die Mitglieder ersucht, die noch ausstehenden Frage-
karten ausgefüllt abzugeben.
Der Bevollmächtigte.

Versammlungskalender.

Versammlungen des Zentralverbandes Deutscher
Textilarbeiter.
Muerbach i. B. Sonnabend den 11. August, abends 9 Uhr, im „Bürger-
garten“, Rillingenstraße.

Kugsburg-Dechhausen. Sonnabend den 11. August in der „Weihen-
rose“.
Mittenburg. Sonnabend den 11. August, abends halb 9 Uhr, im „Arten-
prin“ (Neue Welt).
Warmen. Sonnabend (Samstag) den 11. August bei Aufhardt.
Bayreuth. Sonnabend (Samstag) den 11. August in der „Zentralhalle“
(Söhl).
Bedaker. Sonntag den 12. August, abends 6 Uhr, bei Schürhoff,
Wittener Straße 33.
Blombach. Sonntag den 12. August, nachmittags 5 Uhr, bei
Hermann Jäger.
Bohst. Sonnabend den 11. August, abends halb 9 Uhr, im „Bayrischen
Sofa“.
Braunschweig. Sonntag den 12. August, nachmittags 3 Uhr, bei
W. Brandt, Röhrtstraße 50.
Burglach. Sonnabend den 11. August, abends 8 Uhr, in der „Festung“.
Burgst. Freitag den 10. August, abends halb 9 Uhr, in der „Flotte“.
Coesfeld. Sonnabend den 11. August, abends 8 Uhr, bei Grote, Kupfer-
straße.
Dalken. Sonntag den 12. August, vormittags 11 Uhr, bei Franz Seibel,
Schäteler Straße.
Eisenach. Sonnabend den 11. August, abends halb 9 Uhr, in der
„Frankfurter Bierhalle“.
Eisenberg. Sonnabend den 11. August.
Elberfeld. (Polamentierer.) Samstag den 4. August, abends 9 Uhr,
bei Schäfer, Unter-Barmen, Hasepetershüllstraße 19.
Friedland (Bezirk Breslau). Sonnabend den 11. August in den „Färben-
tälern“.
Herford. Montag den 13. August, abends 7 Uhr, bei Fuhrmann,
Gödenstraße.
Aulmdorf. Sonntag den 12. August, nachmittags 3 Uhr, bei Witwe
Rueh.
Langensalza. Sonnabend den 11. August.
Leisnig. Sonntag den 12. August, nachmittags halb 4 Uhr, bei Heide
(Neue Sorge).
Meggeln. Sonnabend den 11. August, abends halb 9 Uhr, im „Gewer-
schaftshaus“, Hinterbleiche.
Marktredwitz. Sonnabend (Samstag) den 11. August.
Neulges. Sonntag den 12. August, nachmittags 8 Uhr, bei Heinrich
Ubert.
Nowawes. Mittwoch den 8. August, abends 9 Uhr, bei Stemle, Wall-
straße 55.
Nürnberg. Sonnabend (Samstag) den 11. August im „Blauen Plan“,
Neugasse.
Osternburg. Donnerstag den 8. August.
Pöhl. Sonnabend den 11. August.
Rohrborn. Montag den 13. August auf der „Wettinbühne“.
Stollberg. Sonntag den 6. August, nachmittags 8 Uhr, in Stühners
Restaurant in Mitteldorf.
Schwelm. Sonntag den 12. August, nachmittags 5 Uhr, bei Müller,
Barmer Straße.
Schwiebus. Sonntag den 13. August, nachmittags 4 Uhr, bei Gondolatsch.
Sommerfeld. Jeden 2. Sonnabend nach dem 1. des Monats: Ver-
sammlung.
Sorau. Sonntag den 12. August in der „Eile“.
Triebs. Sonnabend den 11. August, abends halb 9 Uhr, im „Thüringer
Sofa“.

Sonstige Zusammenkünfte.

Berlin-Weissenhof. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei
Content, Leber Straße 5: Jahrtag.
Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei F. Rubat, Blumen-
straße 38: Jahrtag.
Berlin. (Sektion der Detektive.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis
8 Uhr, bei Westmann, Wie-Jahrtagstraße 69: Jahrtag.
Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis
8 Uhr, bei Samann, Marsstraße 28: Jahrtag.
Dobritz. Sonntag den 12. August, vormittags 11 Uhr, im „Goldnen
Stern“ in Leuben bei Dresden: Jahrtag.
Freiberg. Sonnabend den 11. August in der „Union“: Jahrtag.
Stralau-Rummelsburg. Jeden Freitag abends von 8-9 Uhr bei
G. Nämpfer, Stralauer Allee 20a: Jahrtag.
Erfolgt allen in allen Versammlungen notwendig!

Briefkasten.

Arefeld. (Nichtigstellung.) Die „Eile“ und die „Christlichen“
haben bei der letzten Gewerbevereinswahl 276 Stimmen erhalten,
nicht 120, wie in letzter Nummer des „Textilarbeiter“ angegeben.
Nach Hohenstein. Schreiben Sie bitte kürzlicher. Wir wissen nicht
was für ein Injert in Frage kommt.

Zentrale Kempen a. Rh.

Sonntag den 12. August findet die Abstimmung der Mit-
gliedsbücher statt.
Der Vorstand.

Achtung! Zentrale Fahr. Achtung!

Am 11. August, abends Punkt 8 Uhr, findet auf der „Schanz“ eine
Unregelmäßige Mitglieder-Versammlung
statt. — Die Tagesordnung wird im Voraus bekannt gegeben.
Wichtigstes Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.
Wir geben hierdurch noch bekannt, daß am 12. August bei günstigem
Wetter ein

Ausflug nach Mittersheim

stattfindet, wozu die Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst eingeladen
werden. — Zusammenkunft Punkt 8 Uhr auf der „Schanz“.

Unterröde in weiß und farbig, Arbeits-
röde und Jaden, Blusen, Damengürtel.
Bestellungen nach Maß werden sofort billig und sauber ausgeführt.
Streng reelle Bedienung. Billigste Preise.

Hoffmanns Warenhaus

vis-a-vis dem Böttcherturm.

Gestorben:

Berlin. Verbandsmitglied Emil Wand, Polamentier, 38 Jahre
alt. — Merantrantent.
Hannover. Nidder. Verbandsmitglied Maria Sengstmann,
Leipzigerstraße, 22 Jahre alt. — Verbandsmitglied Heinrich König,
Weber, 69 Jahre alt.
Wittenberg. Johannes Sulz, Weber, 24 Jahre alt. — Prole-
tariergenossenschaft.
Hildesheim. Eugen Schimmel, Buchbinder, 20 Jahre alt. —
Genossenschaft.

Ehre ihrem Andenken!

Inhalt (Hauptblatt): Streitfall. — Was kann der Staat und
was kann er nicht? — Von der Organisation der Unternehmern. —
Zur Lohnbewegung in Ost- u. S. 120 der Gewerbevereine. — Mit-
teilungen aus Sachreisen. — Polamentierbewegung. — Gewerkschaft-
liches. — Soziales. — Verbandsmitteilungen. — Ver-
sammlungskalender. — Briefkasten. — Nekrolog. — Lokalities. — (W. a. b.)
Tages. — Verbandsrat des Zentralverbandes Deutscher Polamentierer
in Hannover. — Gaudium. — Gaudium. — Die „Christlichen“
in Hannover. — Gaudium. — Gaudium. — Gaudium. — Gaudium.
— Mitteilungen aus Sachreisen.

Verleger: Edmund Meyer, Berlin. — Redaktion: Paul Wagner,
Chemnitz. — Druck: Schögelner & Co., Chemnitz.
Bergstraße 11.

Beilage zu Nr. 31 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 3. August 1906.

Dritter Verbandstag des Verbandes deutscher Posamentier-Innungen.

Von beteiligter Seite wird uns, da man unserem Berichterstatter den Zutritt zu den Verhandlungen untersagte, darüber folgendes geschrieben:

Im Hotel du Nord fand am Sonntag und Montag der dritte Verbandstag des Verbandes deutscher Posamentier-Innungen statt. Verbunden war damit eine Ausstellung von Posamentierarbeiten und Maschinen, die im Gewerbe gebraucht werden. An der Ausstellung hatten sich aber nur einige Innungen beteiligt. Es waren recht hübsche Sachen zu sehen; namentlich hatten sich die Annaberger angezogen, welche reizende Perlstücken und Schuppentüchern zur Schau stellten. Die Frankfurter Firma Scheuerle ließ Kieselquasten sehen, an denen ein Arbeiter vier Monate zu tun hat. Leider hörte man nicht, wie die Arbeiten bezahlt werden; über Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe ist kein Wort gesprochen worden. Die Freie Vereinigung Frankfurt und die Berliner Innung hatten hübsche Lehrlingsstücke ausgestellt.

Nun die Verhandlungen. Sie waren recht harmlos. Aus dem von Wiesel-Leipzig erstatteten Geschäftsbericht ergab sich, daß der ganze Verband etwa 270 Mitglieder zählt, also einen recht bescheidenen Umfang hat. Es existiert dann in Süddeutschland noch ein Verband, der den Namen Südwestdeutscher Verband führt, der zwar nur 90 Mitglieder hat, aber, wie es scheint, Kapitaltrüger, Großisten und Fabrikanten, denn man gab sich später viel Mühe, diesen Verband zu einer Fusion zu bewegen. Dem Umfang des Verbandes entspricht auch das Verbandsvermögen; es sind ganze 500 Mk. in der Kasse, jedoch Robert-Leipzig, der Kassierer, nicht viel zu berichten hatte.

Recht auffallend ist es, daß ein großer Lehrlingsmangel herrscht. Um diesem zu steuern, wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Obermeistern Zaup-Annaberg, Alshner-Berlin und Sahn-Berlin. Herr Alshner, der Berichterstatter, meinte, daß die jungen Leute von heute sich schämen, Handwerker zu werden; sie würden lieber Kaufleute, das schien ihnen nobler. Nach Herrn Alshner hat das Handwerk noch einen goldenen Boden und ganz besonders das Posamentiergewerbe. Er vergaß aber anzugeben, wieviel Rollen Gold ein Gefelle verdienen kann. Der Berichterstatter will die Rektoren mobil machen; es soll ihnen klar gemacht werden, daß die jungen Leute als Posamentierer eine schöne Zukunft haben könnten, darum sollten die Rektoren die schulentlassene Jugend bewegen, das Posamentierhandwerk zu erlernen. Ob das der richtige Weg ist, mag dahingestellt sein; er wurde aber für den richtigen gehalten.

Das Trauerlied von schlechten Zahlern wurde von der Frankfurter Freien Vereinigung angestimmt, und die anderen sangen es nach. Das Alshnerlied „Schwarze Listen“ wurde auch von der Posamentiererei empfohlen und akzeptiert.

Es folgte dann einer der wichtigsten Anträge: Erhöhung aller Posamentierarbeiten um 10 Proz. Es wurde auf die Verteuerung der Rohmaterialien hingewiesen und auf die Not der Zeit. Man hüte sich aber, auch nur eine Silbe über die Ursachen der Verteuerung zu sprechen. Als allzeit gehörsame Kleinmeister fand man kein Wort des Tadels gegen die schöne Mittelstandspolitik, welche den Handwerker retten will, und ihm Leben und Arbeitsmaterial durch Steuern und Zölle verteuert. Dafür diskutierte man umso länger über die höchst gleichgültige Frage, wie man die Rundhaft von der Preiserhöhung in Kenntnis setzt. Erst wollte man, daß der Verband auf seine Kosten Zirkulare drucken und verschicken soll. Bei dieser Gelegenheit würden aber sämtliche 550 Märkte fluten gehen. Man beschloß also einen Kompromiß. Der Verbandsvorstand läßt die Zirkulare drucken, und jede Innung versichert auf ihre Kosten die von ihr benötigten Exemplare.

Man kam dann zur Verschmelzung mit dem Südwestdeutschen Verband. Vertreter beider Verbände sprachen zur Fusionsfrage. Dabei zeigte sich, daß die südwestdeutschen Großisten gar keinen Respekt vor dem Innungsgott haben. Sie möchten gerne sich dem Verbande anschließen, haben aber gar keine Lust, dem Innungswesen ihren Tribut zu zahlen. Ein paar alten Innungsmeister gefiel diese Sprache ganz und gar nicht; andere, jüngere, fanden aber selbst keinen Gefallen an dem Innungswesen. Schließlich baute man die südwestdeutschen eine goldene Brücke: sie sollten als Einzelmitglieder kommen, als freie Vereinigung Aufnahme finden; man will sie dann vom ganzen Innungsstrahl dispensieren. Auf dieser Grundlage kam die Fusion zu stande.

Daß bei den jämmerlichen Finanzverhältnissen an die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse nicht zu denken war, lag auf der Hand. Robert-Leipzig war aber Optimist genug, eine solche Gründung zu empfehlen. Er hatte allerdings keinen Erfolg damit. Angenommen wurde ein Vorstandsantrag, die drei besten Lehrlingsarbeiten, welche am Verbandstage ausliegen, zu prämiieren und, da es das erste Mal ist, auf drei Jahre zurückzugreifen. Man steht, daß kein Mittel unverzucht blieb, Lehrlinge in die Bude zu bekommen, denn die Prämierung ist doch nur ein Lockmittel — groß werden die Preise nicht werden. Es wurde auch noch beschlossen, eine Preisausschreibung für geblogene künstliche Posamentenentwürfe zu veranstalten. Es ist ja ganz anerkennenswert, daß sich die Leute soviel Mühe geben; aber bei den paar Groschen Verbandsvermögen wird auch bei diesem Preisausschreiben nicht viel herauskommen.

Nun lag ein Antrag Wiesel-Leipzig vor: Anschluß an die Mittelstandsvereinigung. Man hätte sich eigentlich wundern müssen, wenn bei diesem Handwerkerverbandstage der Antrag nicht gekommen wäre. Die Mittelstandsvereinigung, die sich als alleinigmächtige Institution für alle Handwerker aufspielt, die mit ihrem Mittelstandsprogramm: Kampf gegen die Warenhändler, alle Kleinmeister einzufangen hofft, hatte bei den Posamentierern kein Glück. Sie schenken dem Herrn Wiesel, der mit recht wenig Eifer die Interessen der Mittelstandsvereinigung vertritt, keinen Glauben, als er beteuerte, daß die Mittelstandsvereinigung unpolitisch sei. Die Posamentierer wollen aber mit Politik ganz und gar nichts zu tun haben. So hat denn die Mittelstandsvereinigung einen Korb bekommen.

Im nächsten Jahre wird man sich in Berlin zusammenfinden. Auffällig war es, daß der Magistrat es nicht der Mühe wert gefunden hatte, die politisch einwandfreien Kleinmeister zu begrüßen. Man hat auch über diese Zurücksetzung offiziell nichts verlauten lassen. In den Debatten merkte man aber doch, daß man verstimmt war. Sonst pflegte Stadtrat Fleisch bei solchen Gelegenheiten seine Aufmerksamkeit zu machen, um etwas von Freude, Wohlwollen und Gelingen zu reden. Entweder

hat er nun keine Lust gehabt oder er befindet sich im Bad. Oder glaubt man, daß man es mit „Koten“ zu tun hatte? Das wäre ein Irrtum gewesen.

Gaukonferenz für Süddeutschland.

Abgehalten am 22. Juli 1906 im „Volksgarten“ in Straßburg i. Eß.

Kollege Gsell-Mühlhausen eröffnete um 10 Uhr morgens mit einer kurzen Begrüßungsansprache die Konferenz. Die Tagesordnung lautete:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Gaueinteilung.
3. Wahl zweier Gauleiter.
4. Verschiedenes.

Anträge waren folgende eingebracht:

1. Bei eventueller Teilung des jetzigen Gaues soll Württemberg und die Pfalz zu einem Gau, mit dem Sitz in Reutlingen, bestimmt werden. Bellingen. Reutlingen.

2. Der Sitz für Württemberg soll nach Stuttgart kommen. Hechingen.

3. Für die Trikotweber Württembergs soll in nächster Zeit eine Konferenz, wie die der Seidenweber, stattfinden, womöglich in Hechingen.

4. Es soll sobald wie möglich eine mindestens 14 tägige Agitationstour für Gebweiler und Umgebung durch einen Referenten gemacht werden. Gebweiler.

5. Anträge, die zu einer Konferenz eingeschickt werden, müssen mindestens 6 Wochen vor derselben eingereicht werden und sind sämtliche Anträge entweder im Verbandsorgan zu veröffentlichen oder jeder Filiale längstens 4 Wochen vor der Konferenz zuzusenden. Cannstatt.

6. Die Gaukonferenz beschließt: Der Zentralvorstand wird ersucht, dem Gauleiter eine Teuerungszulage von 200 Mark, mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Januar 1906, zu gewähren. Karl Ruhn-Mühlhausen.

7. Kosten, die durch die Agitation der einzelnen Filialen entstehen, werden nur dann von der Gaufasse bezahlt, wenn die Mittel der betreffenden Filialen nicht hinreichen. Gauvorstand.

In das Bureau wurden gewählt: Gsell-Mühlhausen und Soßka-Göppingen als Vorsitzende; Ruhn-Mühlhausen und Bürger-Cannstatt als Schriftführer.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 37 Delegierten; ferner war der Hauptvorstand durch Rüssel-Berlin vertreten. Der Gauvorstand hatte Gsell-, Ruhn- und Roos-Mühlhausen entsandt; außerdem war noch der Gauleiter Krähig anwesend.

Den Geschäftsbericht erstattete Gauleiter Krähig-Mühlhausen. Einleitend bemerkte der Redner, daß nicht allen Wünschen, die an die Gauleitung gestellt wurden, Rechnung getragen werden konnte, da die Gauleitung mit Arbeit überhäuft war. Insbesondere mußten einige kleinere Orte etwas zurücktreten, denn es galt vor allem, die Bewegungen in den größeren Orten durchzuführen. Zunächst habe die Zehnstundentag-Bewegung in Mühlhausen, die bekanntlich mit Erfolg gekrönt war, die Kräfte der Gauleitung sehr in Anspruch genommen. Die Mühlhauser Bewegung habe aber auch anderwärts fruchtbringend gewirkt. So sei z. B. in Kolmar i. Eß. der Zehnstundentag erungen worden und die dortige Organisation derart gebiechen, daß sie zu den schönsten Hoffnungen berechtige. In Gebweiler wurde die Arbeitszeit ebenfalls eine halbe Stunde gekürzt.

Auch die Hünninger Kollegen haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die Arbeit, die von allen Seiten an die Gauleitung herandränge, war eine riesenhafte. An drei, vier Orten hätten wir zu gleicher Zeit sein sollen, und das war unmöglich! Redner berichtete dann ausführlich über die Bewegung im badischen Wiesental, wo unsere Organisation gemeinschaftlich mit den „Christlichen“ kämpfte. Es sei äußerst schwierig, dort zu agitieren, weil sich die dortigen Arbeiter in einem geradezu erbarmungswürdigen Unbegriffenverhältnis befänden. Obgleich die Fabrikanten verächtlich, die Organisation zu sprengen, sei dieselbe doch vorwärts gedrungen. In Hausen und Zell wurden Filialen gegründet. Im vorderen Wiesental werde am 1. Oktober der Zehnstundentag eingeführt; aber im hinteren Wiesental trete dies nicht ein. Neben diesen großen Bewegungen hatten wir noch eine ganze Anzahl kleinere. In Sindelfingen sind die Kollegen aus ihrer Lokalorganisation in corpore zu uns übergetreten. In Württemberg, speziell in Mössingen, hat man mit hartnäckigen Gegnern zu tun und muß daher dort der Kampf mit aller Schärfe geführt werden. Wenn in Württemberg etwas gemacht werden soll, so muß in Göppingen ein Exempel statuiert werden. Daß wir schöne Fortschritte zu verzeichnen haben, beweist schon allein die Tatsache, daß unser Gau jetzt mehr als 9000 Mitglieder zählt, während bei meinem Amtsantritt der Gau bloß 1700 Mitglieder aufzuweisen hatte. Um aber das Erreungene halten zu können, müssen Geschäftsführer angestellt werden. Leider sei in Süddeutschland an tüchtigen Kräften empfindlicher Mangel. Redner empfiehlt daher, bei Anstellung der Geschäftsführer nicht gleich die schärfste Kritik an den Kandidaten zu üben, da man nicht gleich eine Kraft allerersten Ranges finde. Man solle den jungen Geschäftsführern in ihrer Arbeit beistehen. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Organisation hier auch dann Fortschritte mache, wenn er nicht mehr an diesem Posten stehe. Wir — schließt der Redner — haben die persönlichen und familiären Interessen in den Hintergrund treten lassen und die Organisation in den Vordergrund gerückt; jetzt können wir ruhig Ihrer Kritik entgegengehen, wir haben unsere Schuldigkeit getan! (Lebhaftes Bravo!)

Gsell-Mühlhausen, der dem Kollegen Krähig als Hilfskraft zur Seite stand, bemerkte: Das gleiche, was Krähig berichtet habe, treffe auch für ihn zu. Redner habe fast die ganze Bewegung in Mühlhausen geleitet und die Bewegung in Kolmar durchgeführt. In Masmünster, Erstein, Rappoltsweiler und Rappoltsweiler konnten Filialen gegründet werden. — Auch dieser Bericht wurde beifällig aufgenommen.

Glimpel-Stuttgart schloß als erster Diskussionsredner die Bewegung in Sindelfingen.

Cleser-Lambrecht ist mit der Arbeit der Gauleitung zufrieden. Weiter berichtete Redner über die Bewegung in Lambrecht.

Mittlerweile war ein Telegramm der streikenden Kollegen aus Lambrecht eingetroffen, in welchem der Gaukonferenz Glück zu den Verhandlungen gewünscht wurde.

Rilling-Mühlhausen teilte die Angelegenheit des gewesenen Lokalbeamten in Mühlhausen mit.

Gern-Gebweiler bemerkte, daß die Organisation in

Gebweiler deshalb keine Fortschritte machte, weil Mangel an Referenten herrsche. Redner beantwortete den Antrag.

Alfers-Hünningen klagte ebenfalls über den Mangel an Referenten und machte den Vorschlag, eine Rednerschule zu errichten.

Scherer-Kaiserlautern meinte, die Pfalz sei seitens der Gauleitung stiefmütterlich behandelt worden.

Brixel-Göppingen ist ebenfalls mit der Arbeit der Gauleitung einverstanden und versicherte, daß die dortigen Kollegen im Sinne Krähigs weiterarbeiten werden.

Müsch-Kolmar berichtete über die Kolmarer Bewegung und sprach sich für beförderte Unterlassiger aus.

Hoschka-Göppingen trat für Antrag 6 ein, Antrag 7 solle genauer präzisiert werden; Antrag 5 solle der nächsten Gaukonferenz überwiesen werden.

Kastner-Waldshut wünschte, daß junge, talentvolle Kollegen zur Agitation ausgebildet werden.

Eder-Reutlingen sprach über den Stand der dortigen Organisation.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme.

Roos-Mühlhausen erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 6401,65 Mk., denen eine Ausgabe von 6227,00 Mark gegenübersteht; der Kassenbestand betrug demnach am 20. Juni 1906 177,56 Mk.

Auf Antrag des Kollegen Ruhn-Mühlhausen wurde dem Gauleiter Entlastung erteilt.

Krähig-Mühlhausen (Schlußwort): Was die Rednerschule betrifft, so kann ich mich mit dem Vorschlage befreunden. Die Pfalz ist nicht stiefmütterlich behandelt worden, da dieselbe im Durchschnitt mehr kostete als beispielsweise Württemberg. Wir konnten nicht mehr tun, als geschehen ist.

Rüssel-Berlin (Hauptvorstand) bemerkte betreffs der Rednerschule, daß die Generalkommission einen Lehrkursus errichte. Redner ist mit den Fortschritten des süddeutschen Gaues sehr zufrieden.

Schließlich wurden die Anträge 5 und 6 angenommen. Antrag 7 wurde ebenfalls mit dem Zusatz: „Bevor Ausgaben gemacht werden, die der Gau tragen soll, ist dem Gauvorstand Mitteilung zu machen“, angenommen.

Der im Laufe der Debatte von Ruhn-Mühlhausen im Einverständnis mit dem Kollegen Rüssel-Berlin eingebrachte Antrag:

„Die Gaukonferenz beschließt: Der Zentralvorstand wird ersucht, im „Textilarbeiter“ ein Inserat folgenden Inhaltes zu veröffentlichen:

Diesem Kollegen, welche gewillt sind, in Versammlungen als Referenten aufzutreten, wollen ihre Adresse dem Zentralvorstand übermitteln. Der Zentralvorstand wird solchen Kollegen, welche sich zur Agitation eignen, mit Rat und Tat beistehen.“

wurde zum Beschluß erhoben.

Ein weiterer Antrag Zell-Hausen: „Bei Anstellung eines Geschäftsführers für das Wiesental sind die dortigen Filialen von den Gaubeiträgen zu entbinden“, fand ebenfalls Annahme. Die Anträge 3 und 4 wurden zurückgezogen.

Um 1 1/2 Uhr wurde in die Mittagspause eingetreten. Bei Wiedereröffnung der Sitzung wurde zur Teilung des Gaues geschritten. Eßah und Baden, mit Ausnahme der Orte Weinheim und Sandhofen, wurden als ein Gau bestimmt. Die beiden letzteren Orte wurden zu Württemberg und der Pfalz geschlagen. Als Sitz für Eßah-Baden wurde Mühlhausen, als Sitz für Württemberg-Pfalz Stuttgart bestimmt.

Als Gauleiter für Eßah und Baden wurde Gsell-Mühlhausen gewählt; für Württemberg und die Pfalz wurde Schraber-Kassel gewählt.

Der bisherige Gauleiter, Krähig-Mühlhausen, der am 1. Oktober d. J. von hier Abschied nehmen muß, um seine neue Stellung in der Redaktion des „Textilarbeiters“ anzutreten, dankte den Delegierten für das ihm geschenkte Vertrauen und die ihm bereitwilligst gewährte Unterstützung in seiner agitatorischen Tätigkeit.

Die Konferenz sprach ihrerseits dem schiedenden Kollegen für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste des Textilarbeiterpartei um seine Befreiung aus den Fesseln der modernen Lohnsklaverei ihren besten Dank aus.

Arbeitssekretär Geller-Straßburg wünschte im Namen der Straßburger Gewerkschaften dem Deutschen Textilarbeiterverbande bestes Gedeihen.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband und die moderne Arbeiterbewegung, in das die Delegierten begeistert einstimmten, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Stehend ließen dann noch die Delegierten die Arbeiter-Marsekklaise in den herrlichen Sommertag hinausbrausen.

Karl Ruhn-Mühlhausen.

Die Tuchindustrie im Aachener Bezirk.

(Ein historischer Rückblick.)

I.

Die handwerksmäßige Weberei ist kein Handwerk im eigentlichen Sinne des Wortes gewesen. Zwar hatten beide das Gemeinliche im Hause, mit einfachen Werkzeugen und ganz selbstständig betrieben zu werden. Der wesentliche Unterschied bestand darin, daß das Handwerk auf den lokalen Bedarf beschränkt, die handwerksmäßige Weberei aber eine arbeitsteilige Industrie war, welche ihren Absatz im großen fand. Freilich war es noch kein Weltmarkt, über welchen im 12., 13. und 14. Jahrhundert sich die Kaufgeschäfte erstreckten; es waren die Märkte und die großen Messen in den Rheinlanden und die Seehäfen, wo das Tuch Abnehmer suchte. Aber immerhin war es ein Massenmarkt, nicht nach individuellen, sondern nach Massenbedürfnissen, wesshalb eine Massenproduktion entsprechen mußte, und die bedurfte einer einheitlichen Leitung. Beim Bronzofabrikanten standen Arbeiter wie Kapitalien im Eigentum des Herrn und seine Beamten gaben der Wirtschaft die Hauptpunkte an. — Das Band der Anzucht war zerissen, die große Firma hatte liquidiert, es war ein neues Band und eine neue Firma notwendig. Diese neue Firma war die Stadt, das neue Band waren die Reglements, welche die städtische Behörde oder später in ihrem Auftrage die Zunft erteilte. Und es bedurfte eines starken Bandes, um alle die kleinen Leute zur Einheit zusammenzufassen. Die Dezentralisation, wie sie historisch entstanden war, entsprach durchaus der wirtschaftlichen Lage; nur so war die Kapitalienkonzentration bei dem einzelnen auf das geringste beschränkt. Werkstätte und Wohnung waren luntig ver-

*) A. Thuns, Forschung.

schmelzen, die Produktionsmittel und Werkzeuge von geringer Bedeutung, und die Arbeitskraft, woraus ja der Hauptwert des Produktes beruht, wurde am intensivsten ausgenutzt, wenn ein jeder den Erfolg seiner Arbeit am besten genoss. Für die Arbeiter, welche größeren Raum beanspruchten, hatten die reicheren Meister in der Nähe ihrer Wohnungen oder in ihren Gärten vor der Stadt, da sich häufig noch Ackerbau und Gewerbe vertraulich vereinten, Plätze für Trockenrahmen, Bleichen und Zubehör, oder sie paßten, wie in Wesel, das Terrain der Fehlingswerke zu ihren Zwecken. Wo jedoch größere Kapitalien nötig waren, da reichte der Besitz einzelner nicht aus; die größeren gewerblichen Anlagen waren öffentliches Eigentum und gehörten der Stadt oder der Zunft, teils weil nur die Korporationen ein genügendes Vermögen besaßen, teils weil sie dadurch eine Kontrolle über die gesamte Fabrikation ausübten. In Goch z. B. paßte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Stadt aus letzterem Grunde die einzige Wollmühle, welche es in den umliegenden Goch und Münde gab, und setzte durch Zunftstatut fest, daß der Mühlenmeister kein fremdes Tuch wälzen dürfe so lange Bürger der Stadt dort Laken zum Wälzen hätten; dadurch wurde der Konkurrenz ungünstiger Weber verhindert. In Düren und Aachen werden als öffentliche Gebäude die Wollmühle, das Wollhaus und die Tuchhallen angeführt.

Es waren in der Hauptsache eine Masse nebeneinanderstehender Kleinmeister mit beschränkter Erfahrung und Auffassung, ohne Heberblick über den Bedarf und die Anforderungen des Marktes; hätte diese Masse nach Gütdünken infabriziert und gehandelt, so wäre nicht allein eine Verschiedenheit der Waren, die allen Großhandel, die Grundlage einer jeden Industrie, unmöglich gemacht hätte, sondern auch eine Verschlechterung derselben eingetreten, die den Ruf der Firma, in diesem Falle der Stadt, ruinieren hätte. Der Name des einzelnen Kleinmeisters galt noch nichts, für ihn trat die Stadt mit ihrem Namen ein, und sie war nun auf das höchste interessiert an dem guten Rufe ihrer Waren.

Zudem waren die Großhändler Patrizier; teils saßen sie selbst im Rate, teils hatten sie ihre Verwandten dort sitzen. Sie machten ihren Einfluß geltend auf den Erlass gleichmäßiger Vorschriften, damit ihnen der Handel ermöglicht, ihr Erwerbsverdienst durch eine andere Autorität, sei sie die des städtischen Rates, des Wortes oder der Zunft. Und gerade das elementarste Erfordernis einer in größerem Maße arbeitenden Industrie, die Technik, ist es, welche wir zuerst und am ausführlichsten in den frühesten Urkunden, die uns über das Gewerbewesen aufbewahrt sind, finden, so in den ausführendsten Reglements des Wollenamtes zu Wesel vom Jahre 1329, zu Goch aus dem 16. Jahrhundert und zu Aachen von 1387.

Besonders in der Textilindustrie zeigte sich die Ordnung der Technik und damit tritt der Unterchied gegen das eigentliche Handwerk zu Tage. Die Produkte des Schusters und des Schneiders gelangen direkt in die Hand des endlichen Konsumenten; dieser ist, wie Käufer aus erster Hand, so auch persönlicher Kritiker der Ware, welche sich nach seinem persönlichen Geschmack und Bedürfnis richtet. Spezielle Vorschriften können hier nicht gegeben werden, höchstens kann man allgemeine Visitationen vorsehen; die entscheidende Kontrolle übt also der Konsument selbst aus. Dagegen gelangen die Gewebe in die weite Welt, gehen halberweise ungeprüft von Handelsmann zu Handelsmann; hier sind Garantien notwendig, um den Großhandel zu ermöglichen, um den guten Ruf der Firma, der Stadt, zu begründen. Die Wolle betreffend, wurde der Ankauf einzelner schlechter Sorten zum Zwecke, Lächer daraus zu machen, ganz verboten, andere Sorten mußten speziell besichtigt werden, und die Käufer konnten gezwungen werden, sie wieder auf den Markt zurückzubringen. Das Kraken der Wolle war untersucht, sie mußte gekämmt werden, und die Kämme waren gleichfalls vorgeschrieben. Breite, Länge und Güte des Tuches waren bestimmt, die Leisten angegeben und das Vermischen guter Wollsorten mit schlechten oder mit Flach nicht gestattet. Schlechtes Fäulen, Rauhen, Stoppen und Färben war mit Strafen bestraft, die Technik des Färbens vorgeschrieben.

Die Durchsicht solcher gegebener Bestimmungen erforderte eine genaue und mehrfache Kontrolle. Die Einleger hatten die Wälle zu revidieren und zu wiegen zu lassen, wobei alle Wollhändler sich des gleichen Gewichts bedienen mußten; sie achteten darauf, daß nicht schlechtere mit besseren Wollsorten vermischt wurden, auf den Eid des Händlers; nasse, filzige und schmutzige Wolle durfte nicht eingelegt werden. Die Stadtrichter hatten die Lächer auf Webstuhl und Trockenrahmen zu kontrollieren und sich zu überzeugen, daß die gehörige Anzahl Garnstränge verwebt wurde und die Gewebe die geforderte Länge und Breite hatten. Alle einzelnen Prozesse, wie Trocken, nach Hause tragen, Waschen und Walken, unterlagen der Beaufsichtigung, die in Aachen dadurch erleichtert wurde, daß es besondere Häuser für das Ausreden und Walken gab. Waren die Lächer ganz fertig, so wurden sie einer endlichen Revision unterworfen und von den Beamten gestempelt; auch der Fabrikant mußte das Tuch mit einem Zeichen versehen. Das Siegel der Stadt war die renommierte Marke, unter welcher sich die fertige Ware den Markt eroberte, der Stempel des Fabrikanten nur das Erkennungszeichen, um die zu spät ertapten Warenfälscher doch noch nachträglich zu entlarven. Mochte jemand nachgewiesenermaßen „falsch“ Gewand, so sollten der Meister und die Beamten gemeinschaftlich das Tuch auf dem Hofe vor der Wollmühle verbrennen lassen und ihre Hand an ihr Hab und Gut legen, dessen eine Hälfte dem Meister, die andere den Beamten zufiel. Um jeden Unterschied zu verhüten, durfte keiner seine Lächer im eigenen Hause verkaufen, sondern nur im Gewandhause oder in den beiden Ausschneidhäusern. Durch diese Stellen erhielt die Tuchschau erst recht das nötige Ansehen. Unerfahrene konnten im Kauf nicht getäuscht und durch die Aufsichtsbeamten wurde die Ware monatlich wechseln. Wie der technische Betrieb durch eingehende Vorschriften geregelt war, um den Absatz sicher zu stellen, so machte die dezentralisierte Betriebsweise durch Kleinmeister auch gewisse soziale und wirtschaftliche Vorschriften notwendig. Hätte eine ungezügelter Konkurrenz der Stadt jemand Wolle kämmt, der kein Recht zum Tuchmachen hatte, sollte er ein ganzes Jahr sein Handwerk verlieren und außerdem noch Strafen zahlen. Auch war den Webern vorbehalten, das „Stadtwerk“ zu machen. Das einfache Bandwerk, welches keine Pelsten am Saume tragen durfte, war in Goch nur aller Viertelsjahre einen Monat lang zu weben erlaubt, wenn kein Stadtwerk zu haben war, aber auch nur dann mit Erlaubnis des Amtes. Um ferner die Konkurrenz zu einer gleichmäßigen zu gestalten, war die Zahl der Arbeiterinnen und die

Arbeitszeit bestimmt. In Aachen durfte kein Meister mehr als zwei Wollkammerinnen beschäftigen, nur in der Zeit von St. Viktor bis Weihnachten ein Lehrling zu nehmen. Auch durfte keiner des Nachts weben, nicht vor 5 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends, überhaupt nicht bei Kerzenschein und Lampenlicht. In Aachen ertönte um 11 Uhr vormittags und um 7 Uhr abends eine Glocke, auf deren Läuten alle Tucharbeiten eingestell werden mußte.

Die Weberei war also eine arbeitsteilige Industrie, und zwar hatte sie im 16. Jahrhundert die Zeit erreicht, wo die Hilfsgewerbe, wie Wollwäscherei, Färberei, Tuchwalle, Woll- und Tuchhandel, vollständig entwickelt waren und zu gleicher Zeit der Spinnerin und Weberin noch in der Stadt betrieben werden konnten. Ein Jahrhundert später wanderten Spinnerei und Weberei den niedrigeren Löhnen nach auf das Land hinaus. Daraus erklärt sich die große Ansammlung von Arbeitern in der Handweberei selbst. Durch zahlreiche Privilegien und Zollfreiheiten bevorzugt gelang es den Aachener Woll- und Tuchhändler schon 1387 in Venedig und Antwerpen kostbare Lagerhäuser mit bequemen Aufstellräumen für die Handwebereiarbeiten zu bekommen selbst war der Stapelplatz des gesamten deutschen Wollhandels, hier wohnten die Kaufleute, welche nicht allein aus der Nachbarschaft, sondern auch aus Hessen, Thüringen, Raumburg bis Meissen einkauften, die Wolle nach Hause schickten, sortieren ließen, um sie nach Artois und Brabant zu versenden, und ihr Handel gab gute Umsätze. Die Arbeiter befanden sich auch wohl dabei; schon im Jahre 1385 galten die Weber als die wohlhabendsten und vermögendsten Bürger.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts hatte Aachen seinen Höhepunkt reichstädtischer Blüte erreicht. Wohlstand und Bevölkerung waren bis zum 14. Jahrhundert nie größer als zu jener Zeit. So viel Arbeiter, Kapital und Intelligenz hatte Aachen sicher kein anderes Gewerbe aufzuweisen wie die Textilindustrie. Was war das erklärliche, als daß bei den politischen Bewegungen, welche das 14. und 15. Jahrhundert durchzogen, die Tucharbeiter stets an der Spitze standen? Ihre Macht war unbedeutender, als sie in Zünften organisiert waren. Seit wann in Aachen Zünfte existiert haben, ist unbekannt, wohl weiß man es aber von dem Nachbarort Barchin, nämlich der Bogen von Frankenburg gewisse Heller von den verfertigten Tuchen. Diese Abgabe lösten die Tuchmacher durch eine Summe Geldes ab und erhielten dafür im Jahre 1300 das Recht, von jedem das Gewerbe neu beginnenden eine Markt zu erheben. Um diese Steuer leichter einzutreiben zu können, bildeten die Tuchmacher im Jahre 1308 mit Erlaubnis des Bogen und der Abtissin eine Bruderschaft, und dies scheint der Vorgang der Zunft gewesen zu sein. In Aachen hört man erst im 14. Jahrhundert etwas von einer Zunft, in welcher alle zur Bereitung des Tuches irgendwie in Beziehung stehenden Handlungen und Gewerbe vereinigt waren, also eine lebendige wirtschaftliche Verbindung, deren Organe nur die auf das Gewerbe bezüglichen Angelegenheiten zu richten und zu verwalten hatten. Die Werkmeister waren Patrizier und wie die Beamten des Wollenamtes vom Rate ernannt; der Rat gab den Zünften die Statuten, zur Aufnahme in dieselben war eine Zustimmung erforderlich. Von irgend einer Autonomie und einem direkten politischen Einfluß war keine Rede. Diese politisch so untergeordnete Stellung der Zünfte wird erklärlich durch einen Blick auf die Verfassung der Stadt. In Aachen herrschte bis zum Jahre 1450 ein Erbat. Die gesamte Rechtsprechung und Verwaltung lag ausschließlich in den Händen einiger weniger Geschlechter, und diese Oligarchen vermieden es natürlich, neben sich eine selbständige Macht aufkommen zu lassen, welche ihnen hätte gefährlich werden können. Daher die Beschränkung der Zünfte auf das gewerbliche Gebiet und die Ernennung der wichtigsten Beamten durch den Rat, um den Geist der Zunft zu beherrschen. Die reichen Woll- und Tuchhändler gehörten teils selbst dem Rate an, oder hatten ihre Verwandten dort sitzen, ihre Interessen waren also vollkommen gewahrt; dagegen standen ländliche Industriellen, die Webermeister, die gegen Lohn arbeitenden Meister und Gesellen, also der Mittel- und der Arbeiterstand, vereint, außerhalb jeden Einflusses auf das städtische Regiment.

Wieviel gehört zum Leben?

Diese Frage soll nicht in dem weiteren Sinne des Genießens verstanden werden, denn wenn man das Leben vom Standpunkte des Genusses aus betrachtet, gehört zu seiner Bestreitung noch viel mehr als nur wenige Menschen haben. Wir wollen die Frage vor als nur Standpunkte des Bedürfnisses beantwortet.

Der Herrnhuter Hofrat Dr. Udermann erklärte im Reichstage schon vor vielen Jahren, eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern, bedürfte zum Lebensunterhalt täglich wenigstens drei Mark. Inzwischen sind aber die Preise für Lebensmittel so gestiegen, daß man ohne Bedenken nun 3½ Mark als Lebensminimum annehmen kann. Danach würde also eine Familie von 4 Köpfen gleich drei erwachsenen Personen wöchentlich 24,50 Mark, jährlich 1274 Mark ausgeben müssen. Nach den Lohnnachforschungen der Berufsgenossenschaften verdienen die Textilarbeiter im Durchschnitt nur 600—700 Mark. Selbst wenn Mann und Frau in der Fabrik schuften, verdienen sie also erst soviel, wie die Familie zum Lebensunterhalt braucht. Für Wohnung und Kleidung bleibt dann immer noch nichts.

Die Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ hat unlängst gleichfalls versucht, den Lebensmittelbedarf einer Arbeiterfamilie festzustellen. Als wöchentlich Bedarf an Lebensmitteln ist die Verpflegungsration des deutschen Marinevolkstruppen zu Grunde gelegt, da es für den industriellen Arbeiter keine einheitliche Normalration gibt. In der Verpflegungsration des Marinevolkstruppen sind alle wichtigen Nahrungsmittel in einem recht glücklichen Verhältnis vertreten. Nach dem Speiseshiffen in heimischen Häfen aus:

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| 800 Gramm Rindfleisch | 3000 Gramm Kartoffeln |
| 750 „ Schweinefleisch | 340 „ Butter |
| 800 „ Hammelfleisch | 5250 „ Brot |
| 150 „ Reis | 455 „ Zucker |
| 300 „ Bohnen | 108 „ Salz |
| 500 „ Erbsen | 108 „ Kaffee |
| 500 „ Weizenmehl | 21 „ Tee |
| 200 „ Wadelpflaumen | 0,11 Liter Essig |

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Beibehaltung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das dreifache der Normalration des Marinevolkstruppen berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelmengen, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Markthallenpreisen unter Zuzug einer fünfprozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigeren Preise be-

kanntlich nicht die häufigsten sind. Stellen wir nun für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München den durchschnittlichen Kostenaufwand pro Woche für Mai 1906 zusammen, so erhalten wir folgende Uebersicht. Der wöchentliche Kostenaufwand betrug im Mai 1906:

| | |
|-----------|-----------|
| Danzig | 21,81 Mk. |
| Berlin | 21,64 „ |
| Dresden | 22,48 „ |
| Chemnitz | 26,17 „ |
| Leipzig | 21,68 „ |
| Stuttgart | 22,91 „ |
| München | 23,64 „ |

Das Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden ist im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Danach beträgt jetzt die Vergütung für Naturalverpflegung für den Mann und den Tag:

| | | | |
|----------------------------|----------|-----------|----------|
| a) für die volle Tageskost | 1,20 Mk. | mit Brot | 1,05 Mk. |
| b) für die Mittagskost | 0,60 „ | ohne Brot | 0,55 „ |
| c) für die Abendkost | 0,50 „ | | 0,45 „ |
| d) für die Morgenkost | 0,25 „ | | 0,20 „ |

Der Posten unter a) (mit Brot) kommt pro Woche für drei Personen auf 25,20 Mk., pro Jahr auf 1310,40 Mk. Wohnung und Kleidung sind noch nicht mit eingerechnet.

Wir bekommen also einen Kostenaufwand für Lebensmittel für drei Personen pro Woche von 21,67—25,20 Mk. oder pro Jahr von 1128,84—1310,40 Mk. Dazu muß man aber noch 300—500 Mk. für Lebenshaltung und andere Ausgaben rechnen, so daß eine Familie bei zureichender Ernährung 1600—1800 Mk. Jahreserlösen haben muß, um nur so leben zu können wie ein Soldat, der bekanntlich von zu Hause noch Zuschüsse nimmt, wenn er sie bekommen kann. Der Textilarbeiter verdient im Durchschnitt aber nur ein Drittel davon, viele bringen es gar nur auf ein Sechstel, wie die Hausweber gewisser schlesischer Gebiete.

Aber die Lebensmittelpreise sind noch im Ansteigen. Angesichts dieser Bewegung der Lebensmittelpreise ist eine entsprechende Erhöhung der Löhne umso nötiger, als die Kosten nicht nur für die Ernährung, sondern für die Befriedigung so ziemlich aller Bedürfnisse wohnen oder noch im Steigen begriffen sind. Besehung der Wohnung verursacht auch Mehrausgaben, so daß der Nominallohn schon ziemlich kräftig steigen muß, wenn die Arbeiterfamilie ihre Lebenshaltung nicht verschlechtern will. Bei der gegenwärtigen Gunst der Konjunktur wollen wir die Arbeiter ihre Lage verbessern. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Löhne steigen müssen. Da die „Arbeitsgeber“ sich zu solchen Lohnsteigerungen nicht von selbst bewegen, so ist die überaus lebhafteste Streikbewegung im laufenden Jahre durchaus verständlich. Sie wird es noch mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, daß den Arbeitern noch so unendlich viel in Ludwigshafen ist wegen Unterzahlung amtlicher Gehälter mit vier Jahren Zuchthaus belegt worden. Die dortige nationalliberale Zeitung sagte dazu:

„Die Lieb hatte ein Einkommen, das im Jahre 1904 den Betrag von 12000 Mark überstieg. Allerdings hatte der Angeklagte eine große Familie, bestehend aus Frau und neun Kindern, wovon sieben noch leben, zu ernähren. Hätte der Angeklagte nur eigenmächtig hausväterlich gewirtschaftet, so hätte ein solches Einkommen, wenn auch keine Ersparnisse gemacht werden konnten (!) doch unbedingt gut ausreichen müssen.“

Das nationalliberale Blatt sagt hier also ehrlich und nett, daß von 12000 Mark Einkommen keine Ersparnisse gemacht werden können. Wie soll man aber da mit 600 Mark menschenwürdig leben können, selbst wenn man nur zwei Kinder hat?

Kinder-Geld.

Die Kinder sind derjenige Teil der menschlichen Gesellschaft, der unter der sozialen Misere am meisten zu leiden hat. Und je größer die Kopfzahl einer Erwerbsfamilie, um so größer das Geldbedürfnis, wenn die Erwerbsverhältnisse der Eltern keine verhältnismäßig günstigen sind. Die Kinder haben dann nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Arbeitskräfte auszufüttern, da sie in frühem Maße zu Arbeit und Broterwerb mit herangezogen zu werden pflegen.

In dem Fabrikbetriebe kann das seit langem schon nicht mehr gesehen, wenigstens nicht während der Schulspflichtzeit, in der Hausindustrie ist es seit dem Inkrafttreten des Kinderzuschusses auch nur noch in beschränktem Maße geschehen. Damit dieses beschränkte Maß nicht überschritten werde, ist die hausgewerbliche Kinderarbeit der Gewerbeaufsicht unterstellt. Die Berichte dieser über die heimindustrielle Kinderarbeit aus dem Jahre 1905 zeigen aber, daß die Kinder häufig über das zulässige Maß hinaus beschäftigt werden und verfallen im übrigen ein großes Schicksal auf das Kinderelend in der Hausindustrie. Zudem zeigen die Berichte, wie die bisherigen Heimarbeiters-ausstellungen mit ihren Angaben über die Kinderbeschäftigung, von neuem, wie die Heimarbeit geeignet ist, allen geforderten Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter ein Schnippchen zu schlagen, wenn sie nicht auch auf die Heimindustrie ausgedehnt werden. Das letztere konnte bisher bei der jarten Rücksichtnahme der Gesetzgebung auf die Heimindustrie noch nicht geschehen, und so sehen wir, daß Schutzgesetze für die Jugendlichen in der Heimarbeit mit Beschränktheit umgangen werden können und zu einem guten Teile wieder ausgehöhlet werden. Der antisoziale Charakter der Heimindustrie spiegelt sich also nicht allein in niedrigen Löhnen mit ihren unausbleiblichen Folgen der in der Fabrik unmöglichen Kinderarbeit wieder, sondern auch in ihrer natürlichen Gegnerschaft zu den Arbeiterschutzgesetzen, insbesondere zu dem Kinderzuschusse. Denn die Heimarbeit ist zu einem großen Teil auf der Kinderarbeit begründet, kann nicht ohne sie gedeihen, wie sie auch alle anderen Maßnahmen, zum Schutze der Arbeiter oder der ganzen Gesellschaft getroffen, außer acht lassen muß, will sie ihre Existenz aufrechterhalten. Es zeigt sich immer mehr, daß es Aufgabe durchgreifender Sozialpolitik sein muß, alle sozialen Schutzgesetze auch auf die Hausindustrie auszuweiten, unbestimmt darüber, ob dieselbe darunter leidet oder nicht, gleichviel, ob sie dabei gebehrt oder zu Grunde geht.

In dem vorstehenden Bericht ist, nach der „Soz. Praxis“, für den Bezirk Berlin ermittelt worden, daß zahlreiche Kinder in der Heimarbeit tätig sind, deren Zahl sich trotz aller Mühe schwer feststellen läßt. Um das Elend der in der Heimindustrie beschäftigten Kinder in seiner ganzen Ausdehnung ermessen zu können, muß man aber die Zahl der beschäftigten Kinder kennen. In Betracht kommen vornehmlich die Wollindustrie, die Zigarettensherstellung, die Spielwarenindustrie, die Konfekt- und die Herstellung von Glanzwaren. Hier sind mehrere Fälle ermittelt, wo Kinder unter 12, sogar unter 10 Jahren, täglich 8, in den seltenen bis zu 10 Stunden arbeiten mußten. Der Bericht weist auf eine besondere Notlage hin für die Kinder in der Heimarbeit für die Gummiwarenindustrie hin. Bekanntlich ist durch Verfügung des Reichsanwalters vom 30. Januar

1008 verboten, daß in Betrieben der Gummiindustrie Personen unter 18 Jahren zu gewissen Arbeiten verwendet werden dürfen — in der Heimarbeit kann dies Schutzesetz für die Jugendlichen mit Leichtigkeit umgangen werden.

Man fragt sich erstaunt, wie so etwas im Lande der Sozialreform möglich sein kann. Die Antwort kann nur lauten: Weil die Sozialreform, in völliger Verkennung ihrer Pflicht, zu unrecht vor den Türen der Heimarbeitstätten Halt machte, anstatt sie mit Behemung zu durchbrechen. Die Sozialreform soll doch überall da einsehen, wo sie Feld zur Betätigung vorfindet. Und es dürfte nicht an Maßnahmen fehlen, die eine Umgehung des bezeichneten Schutzes unmöglich machen würden.

Im Bericht über die Regierungsbezirke Hannover, Osnabrück und Aurich wird die hausindustrielle Beschäftigung der Kinder bei der Anfertigung von Glasfenstern aus Stroh und beim Flechten von Rohrstühlen erwähnt. Das wirksamste Mittel gegen die Kinderarbeit liegt der Berichtshatter in einer Aufbesserung der Lohnsätze: „Da das Flechten eines gewöhnlichen Stuhls etwa 1 1/2—2 Stunden erfordert und zurzeit mit nur 10 Pf. entlohnt wird, können die Heimarbeiter nur bei der Mithilfe ihrer Kinder einen annehmbaren Stundenverdienst erzielen.“ Auf der Heimarbeitsexposition in Berlin waren Photographien von Gruppen von Kindern ausgestellt, die das Auf- und Zubrühen von Sicherheitsnadeln besorgen mußten, Fäden und Dejen, Druckknöpfe usw. waren ausgestellt, an denen Kinderhände hatten mitarbeiten müssen. Vist man nun den Gewerbeinspektionsbericht aus dem Regierungsbezirk Magden, so glaubt man förmlich Bilder aus der Heimarbeitsexposition vor sich zu haben: Die hausindustrielle Kinderbeschäftigung in dem dortigen Bezirk „besteht im wesentlichen in dem Aufnähen von Metallhaken und Dejen auf Karten und dem Abzählen und Einfüllen dieser Gegenstände in Briefe und Kästchen sowie dem Aufnähen von Porzellanknöpfen auf Karten. Es ist festgestellt, daß etwa 4500 Kinder gewerblich tätig sind, und zwar 3600 in der Hausindustrie. Unter letzteren waren über 1100 Kinder im Alter von 6—8 Jahren, die gemäß der vom Bundesrat am 17. Dezember 1908 zugelassenen Ausnahmen noch nicht hätten beschäftigt werden dürfen. In mehr als 400 Fällen begann die Beschäftigung früher als 1 Stunde nach dem Nachmittagsunterricht, und in 340 Fällen wurde die zweistündige Mittagspause nicht innegehalten. 380 Kinder arbeiteten noch nach 8 Uhr abends, darunter eine große Anzahl bis 9 und 10 Uhr, einige sogar bis 11 und 12 Uhr nachts.“

Der bayerische Bericht führt an, daß in Fürth mit Hilfe der Lehrerschaft besonders eingehende Untersuchungen über die Kinderarbeit gemacht worden sind. In Fürth wurden im ganzen 412 erwerbstätige Kinder ermittelt (gegen 482 bei einer Aufnahme im Vorjahre). Davon wurden 288 Kinder in zu geringem Alter oder mit verbotenen Arbeiten, 52 über die zulässige Arbeitsdauer und 122 in zulässiger Weise, jedoch ohne Arbeitskarte beschäftigt. Direkte Heimarbeit leisteten 54 Kinder in der Spielwarenindustrie, 36 bemalten Zinn- und Bleifiguren, 34 waren bei der Verfertigung von Hosenträgern tätig. Die anderen Kinder waren mit Warenaustragen oder in Gastwirtschaften beschäftigt. Ueber die Kinderarbeit in der Strohhutfabrikation berichtet die Assistentin, welche hierüber in dem Städtchen Lindenberg und Umgegend Spezialuntersuchungen anstellte. Sie untersuchte 48 Heimarbeitbetriebe und ermittelte hierbei 12 geschäftlich beschäftigte Kinder: 1 Knabe und 2 Mädchen im Alter von 9 Jahren wurden bis 11 Uhr nachts, 3 Mädchen und 1 Knabe im Alter von 12 Jahren wurden bis 12 Uhr nachts und länger beschäftigt und überall die vorchriftsmäßigen Ruhepausen, vor und nach der Schule nicht beachtet. Außer diesen festgelegten Fällen wird vermutlich noch eine bedeutende Anzahl von Kindern geschäftlich beschäftigt werden. Wenn auch die Arbeit an sich, — Einnähen des Futterts, Befestigung der Auszeichnungsettel und der Bandgarnitur für Herren, und in geringerem Maße für Kinderhüte — als gesundheitschädlich nicht bezeichnet werden kann, so wirkt doch die Überlange Arbeitszeit und das damit verbundene Stillstehen in gebulter Stellung für Kinder ungünstig. Nach Mitteilungen aus Lehrer- und Privatkreisen ist es üblich, die Kinder vom 4. Schuljahr ab zur Heimarbeit anzuhalten; schulentlassene Mädchen arbeiten während der Saison — November bis Mai — von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts und öfters die ganze Nacht hindurch an der Maschine; kein Wunder, daß die weibliche Jugend des Bezirks mehr oder minder von Bleichsucht befallen ist, worin auch der Grund der häufigen Tuberkulosefälle zu suchen sein soll.“ (Bayerischer Bericht, S. 208).

Ebenso wie in Bayern sind es auch in Württemberg vorwiegend die Wirtinnen, denen die Lust und die Erziehung der Kinderarbeit obliegt. Ihrem Bericht entnehmen wir die folgenden Angaben: „Außer dem im vorjährigen Bericht mitgeteilten Beschäftigungsarten der Kinder in der Hausindustrie wurden im Berichtsjahre noch folgende mit den beigegebenen Befolgungen ermittelt: Flechten von Rohrstühlen, 1 Stuhl (Stg oder Lehne) nach Abzug des Materials zu 25 bis 30 Pf., Tüchtenleben, 1000 Stück dreieckige zu 18 bis 20 Pf., größere vieredrige, sog. Wattersäcke, 1000 Stück zu 80 Pf., Zigarettenschalen, 1000 Stück zu 28 bis 33 Pf., Herstellung künstlicher Blumen, meistens Myrtenkränze, wobei die jüngeren Kinder durchlöcherter Blättchen auf einen Draht schieben und an der richtigen Stelle festkleben, während die älteren Kinder diese zu Sträußchen binden, für ein Gros Blättchenleben 3 Pf., für 1 Gros Myrtenzweigenschleiben 18 Pf.“ Ueber die Arbeit beim Rohrstuhlflechten erzählt ein 12jähriges Mädchen, daß ihr die Finger und die Arme oft so weh tun, daß sie nachts nicht einschlafen könne, auch bekäme man bei anhaltendem Flechten Husten und Halsweh“ (die Rohre sind geschwefelt).

Eingehendere Untersuchungen wurden über die Kinderarbeit in der Uhrenindustrie gemacht. Am häufigsten werden die Kinder hier mit Spindelstellen beschäftigt und sonst zu Hilfsleistungen beim Nieten, Abschleifen, Durchlöchen, Stangen usw. verschiedener Uhrentelle herangezogen. Die Arbeitszeit der Kinder ist bei diesen Arbeiten im allgemeinen keine übermäßig lange, doch wurden zum Spindelstellen meist Kinder, die das gesetzliche zulässige Alter noch nicht erreicht hatten, verwendet, da die kleinen Finger derselben diese minutiöse Arbeit — in jede Spindel, wopon das Tausend mit 7- und 8-Pf. bezahlt wird, müssen 6 Stücken gesetzt werden — am schnellsten auszuführen vermögen. In einzelnen Fällen wurde auch erhoben, daß Kinder bis spät in die Nacht Spindeln flechten, weil eine Prima verlangt, daß die Arbeit, die Eltern oder Geschwister abends mit nach Hause bringen, am anderen Tage wieder abgeliefert werde.“ Ueber Kinderarbeit in der hausindustriellen Textilindustrie heißt es: „In einer Ortschaft, wo Kinder seitlichen Alters (von 5 Jahren an) die spät nachts mit Ritzenhäkeln beschäftigt wurden, teilte der Lehrer der Beamten mit, daß das Schulhalten in dieser Gemeinde unendlich schwierig, namentlich die Rechenstunde für ihn und die Kinder geradezu eine Qual sei, da infolge der langandauernden, stets einfarbigen Häkelbeschäftigung die Kinder zu richtiger Denkarbeit gar nicht mehr fähig seien.“

Der Staat verlangt aber auf Grund seines Schulgesetzes von den Kindern recht ansehnliche Leistungen von Denkarbeit. Zu den Nahrungs- und Arbeitsnöten kommen also noch Gewissensnöte der Kinder, die Qualen, den an sie von der Schule gestellten Anforderungen nicht gerecht werden zu können. Das ist für das Gemütsleben der armen Kleinen reines Gift und verbittert ihnen das Leben dermaßen, daß sie auch in der arbeitsfreien Zeit nicht froh werden. Eine frühliche Kindheit ist aber unerläßliche Vorbedingung für die Heranbildung körperlich und geistig widerstandsfähiger Menschen, die den Stürmen des Lebens gewachsen sind — und der Industrie dann auch leisten können, was diese von ihnen verlangen muß. Darum hinweg mit der Kinderarbeit in jeglicher Gestalt!

Mitteilungen aus Fachreisen.

Nachen. Eine Einsperzung — keine Aussperzung — ist hier in Nachen „ausgebrochen“. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die Arbeiter der Firma Königsberger stehen seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Die Leute wurden, wie immer, von dem Firmeninhaber wie auch von den Führern des Christlichen Verbandes in der Sache lange hingehalten, hatten eine Reihe von Fabrikbesprechungen, ohne daß die Sache begründete Aussicht auf Erledigung hatte. Die momentane gute Konjunktur bot den Webern günstige Aussicht auf anderweitige Arbeitsstellen, und viele zogen es deshalb vor, die Arbeitsstelle von Königsberger zu verlassen und sich anderweitig umzusehen, als in fortwährender Ungewißheit bei einer Firma zu arbeiten, wo alle Tage der Kampf entbrennen kann — oder auch nicht? — Aus diesem Anlaß beschloß der Arbeitgeberverband für das Textilgewerbe, keinen Arbeiter, also keinen Weber, der bei Königsberger aufgehört hat oder noch aufhören will, in Arbeit zu nehmen. Also soweit sind wir schon gekommen, daß es noch nicht einmal dem einzelnen Weber mehr freisteht, seine Arbeitsstelle freiwillig zu wechseln. Man sieht, in unserer göttlichen Welt- und Gesellschaftsordnung ist eben alles möglich. Die Nachener Fabrikanten haben die Ehre, das neueste auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld zu haben, nämlich keine Aussperzung, sondern eine Einsperzung. Nachdem man diese Einsperzung über die Arbeiter der Firma verhängt hat, will man ihnen einen minderwertigen Lohnsatz aufdrängen. Und das alles vollzieht sich in einer Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur.

Nachen. Dieser Tage fragte ein Presser bei der Firma Scheins u. Reih um Arbeit an. Es ist dies die Firma, wo die Presser unlängst im Streik standen wegen Lohnsdifferenzen. Bei der Nachfrage um Arbeit entspann sich zwischen dem Firmeninhaber und dem betreffenden Arbeiter folgendes Gespräch: Arbeiter: Könnte ich hier Arbeit bekommen? Herr B.: Welche Beschäftigung haben Sie? Arbeiter: Ich bin gelernter Presser. Herr B.: Wo haben Sie gearbeitet? Arbeiter: Bei der Firma C. Herr B.: Sind Sie organisiert? Arbeiter: Jawohl.

Herr B.: In welchem Verbands? Arbeiter: Im Deutschen Textilarbeiter-Verband. Herr B.: Dann werde ich Sie nicht einstellen, wenn Sie im Christlichen Verband organisiert wären, dann wohl. Wir können es dem Firmeninhaber nachsagen, daß er keine freigeorganierten Arbeiter einstellen will, waren es doch die bösen „Deutschen“, die sich erlaubt haben, bei der betreffenden Firma in den Streik zu treten. Vielleicht gelingt es dem Herrn, seine Arbeit von christlichen Arbeitern herstellen zu lassen, weil er doch einmal lieber christlich als freigeorganierte Arbeiter in seinem Betriebe sieht.

Chemnitz. Die hiesige Filiale hielt ihre Mitgliederversammlung am 21. Juli im „Schützenhaus“ ab. Den Kassierbericht erstattete Kollege Florisch in sehr ausführlicher Weise. Die Revisoren Endmann und Lösch hatten alles in bester Ordnung befunden und beantragten Decharge-Erteilung, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde. Ueber die bevorstehende Landeskonferenz referierte kurz Kollege Paul Wagener. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit den Beschlüssen des Agitationskomitees. In der Diskussion vertrat die Kollegen Reichelt, König und Frau Wagner den Standpunkt des Agitationskomitees, für die zu wählenden drei Gauleiter einen gemeinsamen Wohnsitz zu bestimmen. Die Kollegen Hahn, Kästner und Drechsler traten diesen Ausführungen entgegen und wünschten, daß jeder Gauleiter auch seinen Wohnsitz in dem zu bearbeitenden Bezirk haben müsse. Die Delegiertenwahl ergab als Resultat die Kollegen Florisch, Drechsler und Frau Wagner. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde von einigen Kollegen Beschwerde geführt über den in der „Volksstimme“ und dem „Textilarbeiter“ veröffentlichten Bericht über die letzte Versammlung, der zu viel gekürzt worden sei. Nach einer Erklärung des Kollegen Wagener und einer Auseinandersetzung zwischen den Kollegen Wagener und Reichelt wurde die Versammlung geschlossen.

Glauchau. Seit den letzten zehn Jahren geht die hiesige Handweberei mit Riesenschritten ihrem Untergange entgegen. Der mechanische Webstuhl verdrängt ebenso wie in anderen Weberstädten den Handstuhl immer mehr. Im Zusammenhänge mit der Handweberei wurden hier auch von den Webern eine große Zahl, namentlich Witwen und Ehefrauen, deren letzteren Männer infolge des geringen Einkommens auf den Witwenpension der Frau angewiesen sind, durch Spulen und Treiben beschäftigt. Diese Beschäftigung wird immer knapper. Die Frauen gingen darum auf die Suche nach anderer Beschäftigung. Diesen Umstand machten sich einige sogenannte „Faktoren“ in der Handschuhbranche nutzbar und führten hier die Handschuhnäherie ein. Gegenwärtig sind schon über hundert in dieser Art Heimindustrie beschäftigt. Die Einführung einer neuen Industrie am Orte wäre an und für sich mit Freuden zu begrüßen, wenn es nicht den „Faktoren“ in der Hauptsache auf die „stillen Arbeitkräfte“ ankäme. In Ermangelung anderer Beschäftigung greifen aber die hiesigen Frauen zu und schädigen dadurch nicht nur ihre eigene Lage, sondern auch die der Näherinnen anderer Orte. Am vorigen Donnerstag hatte darum die hiesige Filiale des Textilarbeiterverbandes die Handschuhnäherinnen zu einer Besprechung eingeladen. Bei dieser Aussprache stellte sich nun heraus, daß die Ausbeutung durch die Faktoren eine ganz unverkennbare ist. Wie vielfach in anderen Branchen, haben die Unternehmer mit den organisiertesten Arbeitern in den Orten, wo die Handschuhbranche in der Hauptsache zu Hause ist, wie Limbach, Grünau, Ruchdorf, Callenberg usw., Mindestlohnverträge vereinbart. In der Aussprache stellte sich heraus, daß man hier 50 bis 60 Prozent unter dem Tarif bezahlt. So beträgt der Lohn bei einem Zettel 50 Pf. pro Duzend, hier in Glauchau zählt man aber nur 20 Pf. Also ein Akt der schlimmsten Ausbeutung, der für die Dauer nicht ohne Wirkung auf den Lohnsatz bleiben kann. Leider meldete sich nur eine kleine Anzahl der Anwesenden bei dem Deutschen Textilarbeiterverbande an. Der Anfang aber ist gemacht. Die Übrigen werden jedenfalls folgen, da sie sich der Einsicht unmöglich verschließen können, daß sie auf ihre eigenen Kosten

Schmuckkonkurrenz treiben und nur billige Ausbeute abgeben. Die nächste Aufgabe wird also sein, daß die Handschuhnäherin dem Textilarbeiterverbande angeschlossen wird und die Faktoren, die sich auf Kosten der geringen Löhne der Arbeiter einmal die Zähne zeigt.

Sameln. Hierdurch werden die Mitglieder im Textilarbeiterverband, daß Mittwoch den 5. August eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus stattfindet. Es werden alle Mitglieder, für zahlreichem Besuch zu sorgen.

Hof. Einen schönen Erfolg hat die Organisation am Hofen Orte zu verzeichnen. Während am 1. Januar 1909 nur 79 weibliche Mitglieder vorhanden waren, ist die Zahl jetzt auf 769 männliche und 567 weibliche gekommen. Demnach gibt es noch ein großes Stück Arbeit zu bewältigen, um in der nordbairischen Textilzentrale endlich einmal bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die lange und elenden in Bayern waren. Das kann aber nur geschehen, wenn jeder Kollege und jede Kollegin die Pflicht erfüllt, und die uns noch fernstehenden aufrüttelt, damit auch sie nicht mehr abseits am Wege stehen, sondern geschlossen für die gerechte Sache der Textilarbeiter kämpfen.

Hünningen. In Nr. 15 unseres Fachorgans brachten wir eine kurze Notiz über die drückende Lage der Arbeiter der Firma C. Uebe, Seidenstoffweberei. Die Arbeiter genannter Firma sind bis 50 Prozent im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert. Von Seiten der Direktion wurden alle Mittel versucht, um die Organisation niederzurufen. Den Forderungen wollte man ihr verweigern, indem man die Maßregelung der Arbeiter vornahm. Die Solidarität der Arbeiter veranlaßte die Firma jedoch, die Kündigung zurückzunehmen. Am 15. Mai stellten die Arbeiter in ihrer Eingabe an die Firma folgende Grundforderungen auf: 1. Eine allgemeine 15 prozentige Lohn- und Bezahlung für Warten auf Material und bei Reparaturen pro Stuhl und Stunde auf breiten Stühlen 15 Pf., auf schmalen Stühlen 13 Pf. 2. Beschaffung guten Teichwebers und Bezeichnung sonstiger sanitärer Mißstände. 3. Umkehrung eines Fabrikausflusses. Am 19. Mai fand die erste Unterhandlung statt zwischen Herrn Uebe und der von der Arbeitergewerkschaft gewählten Lokalkommission. Herr Uebe hob zwar seine Arbeiterfreundlichkeit hervor, versprach auch, den Wünschen seiner Arbeiter, soweit es ihm möglich sei, entgegenzukommen. Er müsse jedoch diese für ihn sehr wichtige Angelegenheit mit seinem neu eintretenden Direktor, Herrn Wiestling, nach besprechen. Er versprach, einige Tage später wieder in Unterhandlungen zu treten, was auch geschah. Bei dieser zweiten Unterhandlung zeigte sich der unheilvolle Einfluß des Direktors Wiestling dadurch, daß Herr Uebe die bei der ersten Unterhandlung in Aussicht gestellten Verbesserungen wieder rückgängig zu machen oder diese für die Arbeiter ungenügend zu gestalten versuchte. Herr Wiestling war es, der der Kommission erklärte, die Firma zahle die besten Löhne in ganz Süddeutschland, was, nebenbei bemerkt, jeder Fabrikant behauptet. Man versuchte, die Arbeiter mit einer Lohnhöhung von circa 10 Prozent bis zu einem ganzen Pfennig auf nur einige Artikel abzuspeisen. Die Kommission verwahrte sich gegen solche Zumutungen. Es kam auch diesmal kein Abbruch zu Stande. Herr Uebe vertagte die Unterhandlungen bis zum 29. Mai. Er werde dann die Kommission zu sich beisehen und die Sache endgültig regeln. Während der Zeit bis zum 29. Mai verdrängte nun der Direktor Wiestling, durch sein brutales Benehmen die Arbeiter einzuschüchtern, um sie für einen der Firma genehmen Tarifabschluß geneigt zu machen. Doch alles ohne Erfolg. In mehreren starkbesuchten Fabrikversammlungen beschloßen die Arbeiter, an ihren gerechten minimalen Forderungen festzuhalten und verurteilten einmütig das unnötige Vorgehen der Direktion. Am 29. Mai kam Herr Uebe dann von Zürich her an, hielt es aber nicht für nötig, sein Benehmen zu ändern und mit der Kommission in Unterhandlungen zu treten. Dem „Bruder Arbeiter“ gegenüber braucht man sein Wort nicht zu halten. Nachdem Herr Uebe jedoch erfuhr, daß nach Fabrikabschluß eine Versammlung stattfinden sollte, ließ er einem Kommissionsmitglied ein Schreiben zustellen, in dem er seine Zugeständnisse mitteilte. Diese befriedigten die Arbeiter nicht, jedoch nicht und wurde die Kommission beauftragt, am nächsten Morgen, also am 30. Mai, nochmals bei Herrn Uebe um Unterhandlungen nachzugehen. Dies geschah. Herr Uebe erklärte aber telefonisch von Zürich aus, er unterhandle nicht. Diese Abweisung und das provozierende Benehmen des Direktors Wiestling schlug dem Faß den Boden aus, die Geduld der Arbeiter war zu Ende. Man legte um halb 9 Uhr einmütig die Arbeit nieder, verließ aber im Fabrikraum. Jetzt erklärte Herr Uebe zu kommen. Um halb 3 Uhr kam er hier an. Herr Uebe hatte sicher gehofft, durch sein Erscheinen die Arbeiter zu bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, sah sich aber getäuscht. Die straffe Disziplin der gut organisierten Arbeiter ließ nicht locker, und es wurde im Ausland berichtet. Jetzt spielte Herr Uebe seinen letzten Trumpf aus, indem er seinerseits den Betrieb einstellte und mit einer dreitägigen Aussperzung drohte. Als sich die Arbeiter ansahen, den Betrieb zu verlassen, zog es Herr Uebe doch vor, nochmals in Unterhandlung zu treten. Nachdem Herr Uebe dem Vorstehenden mit dem Staatsanwalt gedroht, was denselben aber ganz kalt ließ, kam man dann zur Besprechung der Eingabe. Herr Uebe erklärte die Forderungen natürlich als zu weitgehend. Wenn er die verlangten Lohnsätze zahlen sollte, sei er nicht mehr konkurrenzfähig, da er seine Ware billiger verkaufe als andere Firmen. Herr Uebe betreibt also auf Kosten der Arbeiter Schmuckkonkurrenz. Die Lohnkommission vertrat dann auch entschieden den Standpunkt, daß es Herrn Uebe leicht möglich sei, durch Erhöhung seiner niedrigen Verkaufspreise den Arbeitern ihre Löhne zu erhöhen. Herrn Uebe schien das einleuchtend, deshalb bewilligte er mit wenigen bedeutungslosen Ausnahmen sämtliche Forderungen der Arbeiter. Es wurde dann um halb 5 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen. Das war ein schöner Sieg. Es hat sich hier gezeigt, was Einigkeit und Macht der Organisation vermag! Man hätte erwarten können, daß jetzt Ruhe werde eintreten, aber man sah sich getäuscht. Direktor Wiestling, der aus dem Wiefental, wo das Arbeiterleben schrecklich ist, kommt, suchte den Arbeitern durch allerlei Kleinliche Schikanierungen den Verbleib in dem Betrieb zu verargern und sie zur Kündigung zu veranlassen, damit sie hier erlittenen Besserstellung nicht leistungsfähig werden sollten. Er stellt mit Vorliebe ihm bekannte, billige, anpruchlos arbeitende Arbeiter aus dem wegen des dort herrschenden Textilarbeiterverbandes berückichtigten Wiefental ein. Wie sehr er die Organisierten liebt, geht daraus hervor, daß er jeden Neuzutretenden fragt, ob er auch organisiert ist; wird dies bejaht, so wird Betreffender natürlich nicht eingestellt. Die Arbeiter verlangen humane Behandlung und lassen sich nicht von Herrn Wiestling behandeln, wie er das gewohnt ist, sondern sie wollen als gleichberechtigt anerkannt sein. Erwähnt sei noch das rigorose Benehmen des Schreibers Schmidt, der die Kommission „Sozialdemokraten“ nannte. Dieser Herr könnte auch sonst den Arbeitern gegenüber höflicher sein. Hoffentlich sehen die Genannten bald ein, daß die organisierte Arbeiterschaft zu kämpfen versteht, und daß es auch in ihrem Interesse liegt, wenn die Angestellten mit den

Arbeiter in Freundschaft auszukommen trachten. Es ist nicht nötig, daß Herr Wiegling die Polizei herbeiruft, wie das am 20. Juni geschah, die Polizei erschien zwar, es bot sich jedoch keine Gelegenheit zum Einschreiten. Herr Wiegling hatte sich jedoch mal wieder lächerlich gemacht. Die Arbeiter erblicken aus diesen Vorgängen, was sie von der Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer und ihrer Trabanten zu halten haben, und daß ihre Interessen nur durch den Deutschen Textilarbeiter-Verband wirksam und entschieden vertreten werden. Es ist daher Pflicht eines jeden, treu und fest zur Organisation zu halten und unermüdet zu agitieren, daß die Zahl der um Menschenrecht und Menschenwürde kämpfenden Proletariatsmasse eine immer größere werde. Beherzigt den Wahrspruch: Vereinigt seid ihr nichts, vereinigt alles! Frisch auf zur Agitation!

Lamprecht. (Zum Weberstreik!) Der Streik dauert unverändert fort. Alltäglich kommen immer mehr organisierte Kollegen hinzu, hauptsächlich Hilfsarbeiter und Spinnerarbeiter, jedoch voraussichtlich in einigen Tagen 700 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe stehen. So wie wir hören, sollen die nichtorganisierten Arbeiter ihre Unterstützung von den Fabrikanten erhalten; ob es wahr ist, bleibt noch dahingestellt, denn die Lambrecht'schen Scharfmacher sind nicht so freigebig. Durch die Ausperrung der Hilfsarbeiter wird Lamprecht in einigen Tagen ein zweites Crimmitschau — wenn auch nicht im gleichen Umfange — geben. Die Herren Kapitalisten werden dann wahrscheinlich in einigen Wochen ihre Fabriken vielleicht wieder öffnen, in dem Glauben, daß die Arbeiter in hellen Haufen ihre Arbeitsstelle wieder auffuchen. Hier dürfen sie jedoch die Rechnung ohne die Streikenden gemacht haben. Die Lambrecht'sche Arbeiterkraft wird den Kampf bis zum äußersten führen. Die Ruhe und Ordnung der Streikenden ist geradezu musterhaft. Wie überall, so sind auch hier die Streikposten den Herren Unternehmern ein Dorn im Auge. Da ist ein gewisser Herr Sauerbrunn, der alltäglich den Posten verbietet, das Trottoir vor seiner Wohnung zu benutzen. Ferner ist es das hochwohlgeborene Fräulein Marianna, dem die Streikposten auch nicht gefallen. Es muß auch für diese Leute etwas recht Unangenehmes sein, wenn in ihren Betrieben die Maschinen stillstehen und ihnen der durch Arbeiterhände gewordene Profit verlustig geht. Eine große Anzahl jüngerer Weber hat schon den Lambrecht'schen Staub von den Füßen geschüttelt, um sich auswärts bessere Arbeitsgelegenheit zu suchen. Streikbrecher sind nicht vorhanden, mit Ausnahme des schon genannten Gelegenheitsarbeiters Adam Vogel. Die Streikenden sind entschlossen, den Kampf bis zum endgültigen Siege zu führen. Zugung ist nach wie vor streng fernzuhalten. Die Kinder haben sich den Umständen, daß der erwählte Vogel als einziger den Kausreißer macht, zu nütze gemacht. Man hört sie jetzt auf den Straßen singen: „Alle Weber streiken, alle Weber streiken, — Nur der Adam Vogel nicht!“ Auf diese Weise kommt auch der Humor bei der Sache zur Geltung.

Kobersich. Am Sonntag den 22. Juli hatten wir unsere erste Mitgliederversammlung im neuen Verbandslokal bei Frick'schen ab, die sich eines guten Besuches erfreute. Zuerst verlas der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal; die Kassenrollen haben die Kasse geprüft und für richtig befunden. Es wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Alsdann hielt Kollege Schagen aus Kresfeld einen Vortrag über: „Die Presse als Kampfmittel zur Vertretung der Arbeiterinteressen.“ Aus dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wollen wir nur erwähnen, daß es der Redner verstand, den Anwesenden mit begeisterten Worten den Wert der Presse vor Augen zu führen. Besonders wies er darauf hin, daß es einzig und allein die sozialdemokratische Presse ist, die als wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen zu betrachten sei. Die Diskussion war recht lebhaft, und beteiligte sich u. a. auch der Vorsitzende der hiesigen Zählstelle des Verbandes der Lithographen und Stein-drucker daran. Derselbe nahm besonders den Redakteur des hiesigen „Rein- und Maas“-Blättchens ganz gehörig beim Kragen wegen seiner in letzter Zeit veröffentlichten Salbadereien über den Arbeiterkampf an. Man solle aber nur nicht meinen, daß der Herr diese Schmierartikel selber schreibe, das besorgten ihm schon gewisse Herren mit langen, schwarzen Nöcken. Der Redner erwähnte dann noch, daß eigentlich die „Niederrheinische Volkstribüne“ hier im Kreis viel zu flau aufritt. Dieselbe sollte zur Agitation ab und zu Extrablätter herausgeben, wie das die anderen Zeitungen machen. Es waren sämtliche Redner aber darin einig, daß der „Volks-tribüne“ mehr als bisher Eingang bei den Gewerkschaftsmittgliedern verschafft werden müsse. Dann wurden den streikenden Lithographen und Stein-druckern aus der Filialkassette 20 Mk. bewilligt; außerdem wurden noch Sammellisten ausgegeben. Es wird jedem zur Pflicht gemacht, darauf sein Scherflein zu zeichnen. Dem Arbeiter-Gesangverein „Lyra“ wurden ebenfalls 20 Mk. Unterstützung bewilligt. Erwähnt wurde noch, daß die Mitglieder dem Gesangverein als aktives oder passives Mitglied beitreten möchten. Dann wurde beschlossen, die Bibliothek gegen Feuer zu versichern. Dieselbe befindet sich jetzt im Hause des Kollegen Wilhelm Ullrich, Flothenderstraße 41, und werden die Kollegen, die noch Bücher im Besitz haben, gebeten, dieselben abzuliefern. Die Bücherausgabe findet jeden Dienstag und Freitag von abends 7 bis 9 Uhr statt. W. U.

Münchensdors. Den hiesigen Textilarbeiter hat es wieder einmal gefallen, ihren Arbeitern eine neue Fabrik-ordnung anzubieten. Aber o Schreck, nach Durchlesung dieser Fabrikordnung, Zucht- und Hausordnung könnte man sie nennen, glaubt man sich unwillkürlich nach den deutschen Kolonien versetzt, wo man den Wilden einfach gebietet, das und das zu tun, im übrigen habe ihr den Schnabel zu halten. Die hiesigen Textilarbeiter konnten es sich nun nicht bieten lassen, daß ihr bisherige Freiheit immer mehr verkürzt wird und nahmen daher in einer am Donnerstag den 19. Juli abgehaltenen öffentlichen Textilarbeiterversammlung, in der Gauleiter Bretschneider referierte, Stellung dazu. Der Referent gab der Versammlung den Rat, sich zu organisieren und die Leitung der hiesigen Filiale zu beauftragen, eine Protesteingabe an die hiesigen Fabrikanten zu richten. Da aus der Versammlung ein diesbezüglicher Antrag nicht gestellt wurde, so konnte ein Beschluß nicht herbeigeführt werden. Einen Nutzen hatte aber die Versammlung doch, es meldeten sich am Schluß derselben eine große Anzahl Kollegen zum Verbands an, hoffentlich bleiben dieselben dem Verband treu. Eine recht traurige Rolle spielte ein der Versammlung beizuhörendes Hirsch-Dundersches Gewerkschaftsmittglied. Dasselbe hatte nichts Günstigeres zu tun, als die Leiter der Versammlung bei seinem Chef zu denunzieren, infolgedessen versucht wird, dieselben zu maßregeln. Durch Schikanen will man dieselben abschließen. Wenn die Herren aber denken, dadurch die Bewegung aufzuhalten, so sind dieselben im Irrtum. Für die Mitglieder der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes muß es jetzt heißen, mehr Mitglieder zu werben, damit den Herren Fabrikanten die Maßregelungskasse genommen werden.

Neustädte (Kr. Grenzstadt). Wie in „aller Beziehung“ der Betrieb der Sudauer Flachspinnerei auf der „höchsten Stufe“ steht (nach Ansicht eines in obigem Betriebe Angestellten), so auch in Bezug auf einige in genanntem Betriebe ange-

stellte Beamte. Wahre Mustereemplare! Alle Achtung! Die Firma würde sich eventuell ein Verdienst erwerben, wenn sie diesen Herren einmal Gelegenheit gäbe, „Knigges Umgang mit Menschen“ zu studieren. Als besonders hervorragend in Bezug auf die Mißachtung der Arbeiter steht der Spinn-, meißer-Ansorge da. Die Ausbrüche, mit denen dieser Herr die Arbeiter und Arbeiterinnen belegt, seien hier aus Gründen des Anstandes nicht wiedergegeben. Nicht genug damit, so hat er vor kurzem eine Arbeiterin so traktiert resp. herumgestoßen, daß selbige sich veranlaßt fühlte, Strafantrag zu stellen. — Auch dieser Tage erst hat ein Aufseher Niede, Mitglied des „Arbeiter“-Aussschusses, ein junges Mädchen, eine Spinnerin, in der größten Unzucht herumgestoßen. In beiden Fällen handelt es sich um unorganisierte Kolleginnen, mit denen man ja so umspringen kann, da sie ja eines eventuellen Schutzes durch den Verband bar sind. Ja, Kollegen und Kolleginnen, die ihr auch über eine derartige klavische Behandlung eurer Arbeitsschwester bis in euer Innerstes empört seid, ihr könnt überzeugt sein, es wird nicht eher anders werden, als bis ihr einmütig dagegen Front macht, und dies könnt ihr nur, indem ihr euch dem Deutschen Textilarbeiterverbande anschließt, der stets für eure Interessen eintreten wird.

Nowawes-Neuendorf. Daß die Konjunktur der ganzen umfangreichen Textilbranche, trotzdem der neue Zolltarif seine Früchte schon längst recht deutlich gezeigt hat, in diesem Jahre wieder einmal eine außerordentlich günstige ist, dürfte dem aufmerksamen Beobachter hinlänglich bekannt sein. Es ist natürlich, daß damit ein Mangel an Arbeitskräften verbunden ist. Dieser Mangel tritt ganz besonders in unseren alten, sogenannten Weberdörfern in die Erscheinung. Die hiesigen Schlotbarone setzen alles mögliche und unmögliche daran, um die überreichen Orders auch rechtzeitig fertigstellen zu können, da sie befürchten, daß ihr sonst die Aufträge annulliert werden könnten. Deshalb sinnen sie nun auf Wege, wie es für sie wohl am besten und vorteilhaftesten wäre, männliche und weibliche Arbeitskräfte in genügender Anzahl herbeizuschaffen. Mit der Zuteilpinnerie und Weberei wollen wir uns in diesem Bericht weniger befassen, da diese schon des öfteren Gegenstand längerer Erörterung im Fachblatt sowie auch im „Vorwärts“ waren. Trotz aller üblen Erfahrungen sorgt die Firma väterlich für die gewiß recht nützlichen fremdländischen Arbeiterinnen, indem sie für deren Unterkunft eigens dazu Häuser ankauft und Bettstellen mit Strohsäcken aufstellen läßt. Hierbei wollen wir gleichzeitig bemerken, daß jetzt in der Zuteilfabrik der in letzter Zeit vielgenannte Agent Tannert beschäftigt ist. Wir wollen dieses nur deshalb anführen, um die Arbeiterkraft der erwähnten Fabrik darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihr Verhalten gegenüber diesem Herrn, der früher auch einmal organisiert war, einrichten. Einen Fall glauben wir den Lesern des „Textilarbeiters“ nicht vorenthalten zu dürfen, wodurch zugleich sein Agentenberuf, den er sehr erfolgreich nicht zu betreiben scheint, etwas humoristisch illustriert. Es passierte ihm nämlich, als er seinem Geschäft mit dem größten Eifer oblag, das Mißgeschick, daß ihm auf dem Bahnhof zu Spremberg ein Transport böhmischer Arbeiterinnen, es waren circa 20, von den dortigen Kollegen abgesehen wurde und diese von ihnen, den Spremberger Kollegen, darüber belehrt wurden, daß er — Tannert — schöne Versprechungen machte, die aber nicht der Tatsache entsprechen. Die Arbeiterinnen zogen wieder in ihr Heimatland zurück. Um in vor kommenden Fällen eine Signalentbeschreibung von Herrn Tannert zu haben, machten die Spremberger Kollegen eine Momentaufnahme von ihm. — Wie stark die hiesige Smyrna-Leppich-Fabrik mit Orders versehen ist und wie hervorragend sie von dem Arbeiter, insbesondere Arbeiterinnenmangel betroffen ist, erhellt schon daraus, daß die Fabrikleitung sich genötigt sah, Plakate auszugeben, worauf geschrieben stand, daß bis auf weiteres vom 18. Juni bis 14. Juli abends bis 7 Uhr gearbeitet werden soll. Das Charakteristische bei der Geschichte ist nun aber, daß die Arbeiterkraft der Smyrna-Leppichfabrik erst kaum vor Jahresfrist den Zehnstundentag erlitten hatte und jetzt schon wieder gezwungen wurde, elf Stunden zu arbeiten. Außerdem scheint Herr Hozak (so heißt nämlich der Inhaber der Fabrik, der, nebenbei gesagt, nicht wenig stolz darauf ist, den Titel Hoflieferant zu besitzen), Jahresabonnement bei den hier in unseren Ortschaften erscheinenden Tageszeitungen zu haben; denn unter der Rubrik „Verlangte Personen“ kann man die Firma Hozak fast tagtäglich finden. Um dem Arbeiterinnenmangel einigermaßen beizukommen und schließlich ganz abzuschaffen, hat die nämliche Fabrikleitung beschlossen, den Arbeiterinnen mehr Geld verdienen zu lassen. An sich ist dagegen durchaus nichts einzuwenden. Nur die Form verdient öffentlich publiziert zu werden. Die Firma hat nämlich ein sogenanntes Prämien-system eingerichtet. Mit großen Buchstaben steht also geschrieben: „Wer ein Mädchen in die Fabrik bringt, und wenn dieses bis zu Weihnachten in der Fabrik bleibt, bekommt eine Belohnung von 10 Mk.“ Und dann heißt es weiter: „Von der ersten Mark an, nach oben steigend, wird eine Vergütung von — sage und schreibe — 5 Pf. gezahlt.“ Diese exorbitant hohe Vergütung, die bei gutem Fleiß und günstiger Arbeitsgelegenheit kaum 4 Mk. im Jahre übersteigen dürfte, soll am Ende des Jahres ausgezahlt werden. Mit den böhmischen Arbeiterinnen, die auch hier nicht fehlen, scheint Herr Hozak ausnahmsweise Pech zu haben. Kaum haben diese zu arbeiten angefangen, da gehen sie schon wieder ab, weil sie in Böhmen, wie sie sagen, bedeutend mehr verdienen, oder aber auch sie zeigen sich für das Teppichknüpfen untauglich, was meistens der Fall ist, und müssen dann andere Arbeiter verrichten. Erwähnen wollen wir noch, daß bis jetzt vier Weber aus Schlessen beschäftigt sind. Herr Hozak würde es aber sehr gern sehen, wenn noch mehr von diesen Leuten kommen würden; am liebsten wäre es ihm, wenn sie gleich die Familie mitbringen würden, damit er auch noch diese für sich nützlich machen kann. Auch die hygienischen und sanitären Einrichtungen, wenn man überhaupt von solchen reden kann, lassen viel zu wünschen übrig. Einen Speisesaal kennt man hier überhaupt nicht. So etwas wird hier als Luxus betrachtet. Infolgedessen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, ihr lärgliches Mittagmahl in dem mit allerhand Dunst geschwängerten Fabriklokal einzunehmen. Die Wassergelegenheit ist eine so unzureichende, daß die Mädchen es vorziehen, nach dem Brunnen zu laufen, um sich da die Hände nützlich zu reinigen. Bei einer Arbeiterinnenzahl, die im Durchschnitt 80 beträgt (jetzt sind es vielleicht 60), sind zwei gewöhnlich große Wassküben vorhanden. Hier muß unbedingt in aller Kürze Abhilfe geschaffen werden. Arbeiter und Arbeiterinnen, begreift doch endlich eure erbärmliche Lebenslage, die ihr doch wohl am meisten am eigenen Leibe verspürt, jetzt, daß ihr nicht länger gewillt seid, euch wie Arbeitstiere behandeln zu lassen und werft eure Passivität ab! Hier heißt es Hand ans Werk legen, um diese elende Mißwirtschaft aus der Welt zu schaffen. Das aber kann nur dann geschehen, wenn ihr in Scharen dem Textilarbeiterverband zuströmt.

Offenbach. Die am 21. Juli abgehaltene Filialversammlung war mäßig besucht. Nachdem die Quartalsabrechnung für richtig befunden worden war, wurden einige Erschwärnisse vorgenommen. Für das Arbeiterssekretariat wurde ein Extra-

beitrag von monatlich 10 Pf. beschlossen. Zur Konferenz in Frankfurt wurden 8 Delegierte gewählt. Zum Kartellbericht wurden die Kollegen ersucht, den Boykott im Friseurgewerbe streng zu beachten, ebenso wurde den ausgesperrten Stein-druckern und Buchbindern die weitgehendste Unterstützung zugesprochen. Nachdem unter „Verschiedenes“ auf das Protokoll der Generalversammlung aufmerksam gemacht worden war, wurden die Kollegen ersucht, alle Vorkommnisse sofort dem Vorstand zu melden.

Reichenbach (Schlesien.) An die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Reichenbach, Langenbielau, Peterswaldau, Reilau, Weigeisdorf und Umgegend! Unser ehemaliges Mitglied August Bänisch in Reichenbach erklärte in der Versammlung des katholischen Arbeitervereins am Freitag den 20. Juli u. a. folgendes: „Er (Bänisch) warne jeden, dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten, da man dort keine Unterstützung bekomme, wenn man solcher bedürfe.“ Er mußte aber selbst zugeben, daß er seine statutenmäßige Unterstützung einschließlich des vorjährigen Lohnkampfes in Reichenbach erhalten hat. Wir stellen hiermit fest, daß Bänisch während seiner Mitgliedschaft 26 Wochenbeiträge geleistet und in Summa mit Einschreibegeld 8,80 Mk. eingezahlt hat. Seine Frau hat 18 Wochenbeiträge geleistet und mit Einschreibegeld in Summa 1,10 Mk. eingezahlt. Zusammen zahlte Bänisch mit Frau also 10,90 Mk. ein. Demgegenüber hat Bänisch mit Frau während und nach dem Kampfe eine Gesamtunterstützung von 318,15 Mk. erhalten, worüber Bänisch selbst quittiert hat. Weitere Unterstützung für die Frau Bänisch mußte nach Lage der Sache abgelehnt werden, weil Frau Bänisch in einer Versammlung selbst erklärte, sie sei nicht gemäßigert, sondern sie habe selbst Feiern abgelehnt. — Ferner beleidigte Bänisch die Arbeiterkraft von Cohn, Gebr., indem er weiter erklärte: „Es sei nicht so schlimm gewesen mit der Behandlung von Seiten der Aufseher, die Leute bei Cohn, Gebr., hätten nur gestreift, weil gerade so schönes Wetter war.“ Gegen eine derartige Unterstellung müssen wir uns ganz energisch verwahren, nicht nur für die Arbeiterkraft von Cohn, Gebr., sondern für den Gesamt-Verband, der diesen Streik finanziell unterstützte. Obgleich Bänisch öfters Gelegenheit hatte, in unsere Versammlungen zu kommen und seine Sache zu vertreten, tat er das nicht, sondern hat, nachdem er der Verbandsverwaltung die Mitgliedsbücher vor die Füße geworfen hatte, womit er sich in obiger Versammlung ganz besonders rühmte, die Gelegenheit benützt, um in der gegnerischen Versammlung über uns herzufallen, zur Freude unserer Gegner. — Das kennzeichnet Bänisch's Charakter im hellsten Lichte. Da aber Bänisch sich nicht scheut, mit unseren Verbandsmitgliedern Geschäfte zu machen (er reist mit Wibern, Uhren, Regulatoren, Broschen, Decken usw.), machen wir unsere Mitglieder und Freunde auf diesen Ehrenmann aufmerksam. Die Antwort werdet ihr Bänisch nicht schuldig bleiben! Mit kollegialem Gruß Die Ortsverwaltung der Filiale Reichenbach. J. A. A. Drieschner.

St. Ingbert. Ein ganz brutales Vorgehen von Seiten des Obermeisters der Spinnerei von Schuler u. Schmidt mußten die Textilarbeiter sich von diesem Verbandsverächter gefallen lassen. Der Herr Obergewaltige Drieschner glaubt selbst noch über die Hungertöhne, die in diesem Betriebe bezahlt werden, ein Verfügungsrecht zu haben. Er verbot den Arbeitern, ihr Bier in der Wirtschaft unseres Genossen Hochheim zu holen, da die Fabrikleitung einen Vertrag mit dem Wirte Josef Martin abgeschlossen hätte, wonach die Arbeiter Bier und Schwären von diesem zu beziehen haben. In ihrer Angst vor dem Verbands greift diese Machtthaber zu den verwerflichsten Mitteln; man sucht den armen Lohnsklaven noch zum Selbst-eigenen herabzudrücken und ihm selbst das Verfügungsrecht über seine schwer verdienten Bittelverdienste zu nehmen. Der Herr Obermeister befahl den Arbeitern weiter, ihre Mitgliedsbücher zu holen, sie dem Vertrauensmann zu bringen und ihren Austritt aus dem Verbands zu erklären; es ließen sich auch etliche dieser Armen durch dieses brutale Vorgehen einschüchtern. Einem Arbeiter, welcher wegen dem Bierholen vorstellig wurde, wurde es nochmals unter Hinweis auf den Vertrag verboten. Die Frage, ob denn die Arbeiter gefragt worden seien beim Abschluß des Vertrages, wurde verneint. Hier kann nur ein geschlossenes Vorgehen durch Beitritt zum Deutschen Textilarbeiterverbande die traurige Lage verbessern, darum rafft euch auf, ihr Fernstehenden und schließt euch einmütig dem Deutschen Textilarbeiterverbande an! — In einer am 26. Juli abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, über den Betrieb der Firma Schuler u. Schmidt die Sperre zu verhängen, weshalb alle Kollegen ersucht werden, Solidarität zu üben und St. Ingbert zu meiden.

Zwögen. Die hiesige Filiale hielt am Sonnabend den 21. Juli eine Generalversammlung ab und wählte an Stelle des verzogenen Kollegen Oswald Heibel den Kollegen Ernst Böllner zum ersten Vorsitzenden. Nach Erledigung einiger anderer Wahlen wurde über das Verhalten einiger Meister der hiesigen Spinnerei Klage geführt. So wurde eine Arbeiterin der Vorbereitung, weil sie mit ihrem Kinde und dessen Lehrer einen Schulausflug machte und deswegen einen Tag die Arbeit veräumte, sich aber durch eine andere Arbeiterin entschuldigen ließ, von dem Meister Jäger (kaum ein halbes Jahr Meister) mit 50 Pf. Strafe belegt mit dem Bemerkens, das nächste Mal bleibe sie gleich draußen. Die Arbeiterin hat es auch vorgezogen, diesem Eldorado den Rücken zu kehren. Aber nun weiter. Laut Fabrikordnung sind die Arbeiter verpflichtet, jeden bemerkten Mangel an ihren Maschinen sofort mitzutellen; die Meister sind angewiesen, den Mangel sofort zu beseitigen; unter welchen Umständen dies geschieht, beweist der nachstehende Fall. Ein Spinner benachrichtigte den Meister Hoog von einem bemerkten Mangel; der Meister kam auch, sagte aber in höhnischem Ton zu dem Arbeiter: „Na, geht's denn schon wieder nicht?“ Der Spinner antwortete ihm, daß er ihn nicht verältere. Hierauf erhielt er die Antwort: „Mit dir habe ich es schon längst satt!“ Als der Spinner erwiderte, wenn es irgendwo fehle, so solle er es sagen, ihm würde es jederzeit passen, hat dieser Meister dies nicht ungeführt gelassen, sondern schlingt dafür gesorgt, daß dem Kollegen am Freitag gekündigt wurde. Letzterer hat bereits andere Arbeit mit demselben Lohn und besserer Behandlung gefunden und hat vor Ablauf der Kündigungsfrist das Eldorado verlassen. Aber auch ein anderer Meister spielt seine Rolle sehr gut. Hatte da ein Spinner mit einem anderen Kollegen ein paar Worte gesprochen; flugs war der Meister da und hat ihm gesagt, es sei ihm befohlen worden, wenn er (der Kollege) mit anderen Kollegen sprechen wolle, müsse er sich erst bei einem Meister Erlaubnis holen. Die Direktion hat auch dem Auspruch gegenüber betont, daß das zur Ordnung gehöre. Es wurden noch mehrere Beschwerden laut über das Vorgehen einiger Meister, doch wollen wir heute Schweigen. Nach einem kräftigen Schlusswort an die Kollegen, durch derartiges Vorgehen der Beamten nicht wankelmütig zu werden, sondern treu zur Fahne zu halten, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.